

9. Selbstorganisierte Wasserbewirtschaftung in Medellín: Commoning und Konflikte in Kolumbien

»[H]istorisch sind in Kolumbien die Vereinigung und die Vereinbarungen zwischen Nachbarn und Nachbarinnen Schlüssel für die Nachhaltigkeit und Bewohnbarkeit der Ländereien, das Management der Gemeingüter und den Aufbau gemeinsamer Projekte gewesen, all das, was sich in der Befriedigung individueller, aber geteilter Bedürfnisse niederschlägt, unabhängig vom Eingriff des Staates und der Entwicklungsmodelle, die er angewendet hat.« (Salazar 2017c: 7; Übers. J. E.)

9.1 Einleitung

Der zweite Fall, der einer eingehenden Analyse unterzogen werden soll, ist die kolumbianische Großstadt Medellín inklusive ihrer unmittelbaren Umgebung. Während, wie bereits beschrieben, in Lateinamerika viele ähnliche Fälle selbstorganisierten Wassermanagements existieren – siehe nicht zuletzt der in Kapitel 7 analysierte Fall aus Nicaragua (Gómez/Ravnborg 2011) –, bietet sich eine Untersuchung Medellín aus zwei Gründen besonders an. Zum einen handelt es sich um urban geprägte oder zumindest stadtnahe Wasservereinigungen. Dies bietet, trotz des relativ zu Cochabamba insgesamt deutlich geringeren Umfangs an selbstorganisierter Wasserbewirtschaftung, eine gute Vergleichsmöglichkeit und wird dem Ziel der vorliegenden Arbeit, insbesondere städtische Wasserbewirtschaftung in den Blick zu nehmen, gerecht. Zum anderen existiert in Kolumbien im Allgemeinen und in Medellín im Besonderen, ebenso wie in Cochabamba, eine recht hohe Politisierung des Wassersektors. Auch wenn sich die Gründe, die Formen und das Ausmaß des selbstorganisierten Wassermanagements unterscheiden, bietet diese Politisierung die Möglichkeit, ein interessantes und sich im

Wandel befindendes Feld zu beschreiben, in dem Konflikte nicht nur im Kleinen ausgetragen werden.

Nachdem im vorangegangenen Kapitel der Fokus eher auf der Eingebettetheit lag, wird im vorliegenden Kapitel verstärkt nach Konflikten und dem Umgang damit gefragt. »Land disputes in Colombia often revolve around the use of one resource in particular: water. Colombia is one of the richest countries in the world when it comes to freshwater supply« (Spigarelli 2016: o. S.). Wie Konflikte friedlich und im besten Falle sogar konstruktiv bearbeitet werden können, ist in Kolumbien, mit seiner bis heute teilweise sehr gewalttätigen Geschichte, eine Frage von übergeordneter Bedeutung.¹ Wie akut dies im Bundesstaat Antioquia, dessen Hauptstadt Medellín ist, auch gegenwärtig ist, zeigt folgendes Zitat:

»It is true that human rights violations accompany economic investment in the department; over the last decade, the Eastern Antioquia Human Rights Committee has reported massacres, threats, torture, assassinations, land mines, forced displacement, and paramilitary presence in the form of ›protection‹ to mega-projects, including paramilitary encampments installed on the premises of the public-private entity Empresas Públicas de Medellín« (ebd.).

Von dieser Situation war in der Stadt selbst und auch im Umland während der Feldforschung nicht viel zu spüren, wobei es aus naheliegenden Gründen auch ein Anliegen war, die betreffenden Gebiete zu meiden.

Anders als im bolivianischen Fall, wo die indigene Vergangenheit eine besondere Rolle spielt, wird in diesem Kapitel nicht derart weit ausgeholt. Stattdessen werden die Geschichte des Wassers und die Konflikthistorie insbesondere der letzten Jahrzehnte des vergangenen und der ersten des aktuellen Jahrhunderts beleuchtet. Nach dieser historischen Einordnung wird es um die Wasserbewirtschaftung im gegenwärtigen Medellín gehen. Eine zugespitzte Zusammenfassung der Entwicklungen der letzten Jahre liefert folgendes Zitat: »In Kolumbien beschleunigt sich die Privatisierung der Wasser- und Abwasserdienstleistungen, die jetzt im Ländlichen ankommt und die versucht, das in Jahren der solidarischen Arbeit aufgebaute Wassermanagement den gemeinschaftlichen Händen zu entreißen« (Corporación Ecológica y Cultural Penca de Sábila 2014: 12; Übers. J. E.). Generell ist anzumerken, dass die akademische Literatur das selbstorganisierte Wassermanagement in Kolumbien im Unterschied zum bolivianischen weniger ausführlich behandelt. Das vorfindliche eindeutig dem wissenschaftlichen Bereich zuzuordnende Material wurde daher um Literatur aus eher politisch engagierten Kreisen ergänzt, denen auch das just Zitierte zuzurechnen ist. Auf dieser Grundlage werden im Folgenden die Themen Commoning und Einbettung (insbesondere durch der

1 Dieser Teil der Geschichte Kolumbiens ist sicherlich nur einer, wenn auch ein bedeutsamer. Vielen Menschen vor Ort ist es ein Anliegen, dass das Land in der internationalen öffentlichen Wahrnehmung nicht auf diesen Aspekt reduziert wird und betonen, dass Kolumbien aktuell in vielen Gegenden als sehr sicher gelten kann. Die alltägliche Lebensführung vieler Menschen ist allenfalls am Rande von konkreten Gewaltaktionen betroffen. Nichtsdestotrotz hat die Geschichte Spuren hinterlassen.

Markt- und der Staatslogik zuordenbare Akteurinnen) behandelt. Den Abschluss bildet die Frage der Wasserkonflikte, die mit Fokus auf die Markt-, die Staats- und die Commons-Logik behandelt wird, sowie ein sowohl resümierendes als auch Perspektiven aufzeigendes Fazit.

9.2 Historischer Hintergrund

9.2.1 Gewaltvoll in die Gegenwart

Kolumbien blickt auf eine sehr lange und kontinuierliche Geschichte demokratischer Wahlen zurück – ein Umstand, der im lateinamerikanischen Kontext erwähnenswert ist –, ist jedoch seit jeher von großen sozialen Ungleichheiten geprägt (Fischer/Jiménez Ángel 2017). Die Geschichte Kolumbiens ist seit etlichen Jahrzehnten von immer wieder auflodernden gewaltvoll ausgetragenen Auseinandersetzungen geprägt. Allein zwischen 1839 und 1902 zählen die Historiker Fischer und Jiménez Ángel acht »größere Bürgerkriege« (ebd.: 41). Ein Grundmotiv, das zur Erklärung vielfach herangezogen wird, ist der Konflikt zwischen liberalen und konservativen Eliten (Drekonja-Kornat 2004; Fischer/Jiménez Ángel 2017). »Deren permanenter Wettbewerb um die Kontrolle des Staatsapparates trieb das Land immer wieder in Bürgerkriege, in denen ihre Anhänger einander zerfleischten, gegängelt von einer kruden Klientelpraxis«, schreibt der Politikwissenschaftler und Lateinamerikaforscher Drekonja-Kornat (2004: 149). Diese Bürgerkriege seien vornehmlich auf lokaler Ebene ausgebrochen, zum Beispiel bei Wahlen und in Zusammenhang mit den immer wieder laut werdenden Rufen nach Mitbestimmung unterprivilegierter Gruppen, so Fischer und Jiménez Ángel (2017: 41).

Nachdem Panama sich von Kolumbien gelöst hatte und nach dem Bau des Panamakanals zahlten die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 1921 Kompensationen in Höhe von 25 Millionen US-Dollar, eine ausreichende Summe, um Kolumbien auf den internationalen Finanzmärkten kreditwürdig zu machen, was eine schuldenbasierte Wohlstandsphase nach sich zog (ebd.: 45). In der sogenannten liberalen Republik zwischen 1930 und 1946, in der die liberalen Eliten die Oberhand hatten, wurde die Exportwirtschaft selektiv gefördert und eine Industrialisierung basierend auf Importsubstitutionen vorangetrieben (ebd.: 46). Die liberale Dominanz verschwand aufgrund interner Richtungsstreitigkeiten, und die Konkurrenz zum konservativen Lager gewann rhetorisch an Schärfe (ebd.: 47). »In einer diskursiv angeheizten Atmosphäre fühlte sich ein wachsender Teil der liberalen Milieus nicht mehr in den offiziellen Institutionen repräsentiert, was die Anwendung physischer Gewalt gegen den jeweiligen Feind zur Handlungsoption machte« (ebd.). Als 1948 ein Hoffnungsträger der Liberalen umgebracht wurde, eskalierte die Situation und es folgten die blutigen Jahre der *violencia* (Gewalt):

»Konservative Kreise unterhielten bezahlte Killerbanden, die man unter der Bezeichnung *pájaros* kannte. Liberale Guerilleros versuchten ebenfalls mit Waffengewalt, ihre Einflussgebiete zu schützen. Auch bäuerliche Gruppierungen bewaffneten sich, um

den von ihnen bebauten Boden und ihre Prinzipien der Bodennutzung und der sozialen Ordnung zu verteidigen« (ebd.; Hervorh. i. O.).

Dabei bot die in den frühen 1950er Jahren bereits über einhundert Jahre andauernde Historie gewaltvoller Auseinandersetzungen innerhalb Kolumbiens den Nährboden für die Entwicklungen der jüngeren Geschichte.

Es folgte eine kurze Militärregierung mit liberaler Unterstützung; insbesondere an den geografischen Rändern der Nation gab es Fischer und Jiménez Ángel zufolge Kämpfe zwischen Regierung und sozialistischen Enklaven. Um die Militärs wieder loszuwerden, bildeten Konservative und Liberale schließlich einen Pakt, die sogenannte Nationale Front (*frente nacional*). Liberale und Konservative wechselten sich abgesprochenerweise zwischen 1958 und 1974 im Präsidentinnenpalast und bei den Ministerinnenposten ab und schufen dadurch ein starkes Machtkartell (ebd.: 48). »Die Unternehmerverbände konsolidierten ihren Einfluss, während die Gewerkschaften einen schweren Stand hatten« (ebd.: 49). Es war eine Phase der Urbanisierung und der (nicht zuletzt kulturellen) Modernisierung, politische Alternativen blieben jedoch weitgehend ohne Einflussmöglichkeiten und Machtperspektive, was zu erheblichem Unmut führte (ebd.). In dieser Zeit gründen sich die ersten modernen Guerillaorganisationen, allen voran die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens; FARC) und die *Ejército de Liberación Nacional* (Nationale Befreiungsarmee; ELN). Als Gründe für die Entstehung führen Fischer und Jiménez Ángel die Nationale Front, »administrativen Zentralismus«, den Ausschluss weiter Bevölkerungsteile von staatlichen Leistungen sowie die Strahlkraft der kubanischen Revolution im Jahr 1959 an (ebd.: 50).

Darauf folgte ein in Teilen bis heute andauernder bewaffneter Konflikt, in dem sich staatliche Stellen und unterschiedliche linke Guerillagruppen gegenüberstanden. Ein Faktor, der mit den Jahren immer wichtiger wurde, war der Drogenhandel:

»Kolumbiens ›Colonos‹ (Siedlungsbauern in peripheren Regionen) sowie Kolumbiens Händler und Unternehmer begannen angesichts der nie versiegenden Nachfrage in den Industriegesellschaften das zu tun, wozu Entwicklungsexperten immer geraten hatten: Anbauen oder vertreiben, was am Markt die besten Gewinne abwirft, nämlich Marihuana, Coca-Blätter, Coca-Paste, letzthin auch Mohn und Mohn-Produkte« (Drekonja-Kornat 2004: 150).

Die großen Geldmengen, die sich illegal im Land verbreiteten, korrumpierten nach und nach die Gesellschaft Kolumbiens (ebd.). Drekonja-Kornat wirft sowohl Unternehmerinnenfamilien als auch der Politik und den Finanzinstitutionen vor, der Korruption erlegen gewesen zu sein (ebd.).

»Kolumbianische Drogenunternehmer, welche die Koka zu exportfähigem Kokain verarbeiten ließen, engagierten sich in diesem lukrativen Geschäft. Sie unterhielten Verbindungen bis in die höchsten Regierungsstellen. Um ihre Ziele wirkungsvoller zu erreichen, unterhielten sie ihre eigenen Schutztruppen, und sie bezahlten Killerbanden aus den Armenvierteln in Medellín und anderen Großstädten für Spezialaufträge« (Fischer/Jiménez Ángel 2017: 52).

So entstanden die rechten paramilitärischen *Autodefensas Unidas de Colombia* (Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens; AUC), die mitunter vom kolumbianischen sowie dem US-amerikanischen Staat zur Eindämmung der Guerilla unterstützt wurden. Laut Fischer und Jiménez Ángel können sie als »verlängerter Arm der Viehzüchter, Smaragdunternehmer und anderer Bergbaufirmen, Gewerbetreibenden, Industriellen und transnationalen Konzerne« gelten (ebd.).

Von allen Seiten wurden Anschläge verübt, Widersacherinnen beseitigt, Schutzgelder erpresst und Drogen gehandelt. Dieser über fünfzig Jahre währende Bürgerkrieg kostete Fischer et al. (2017: 9) zufolge 260000 Menschen das Leben. In diesem System von Mikro-Kriegen (*micro-guerras*) (Drekonja-Kornat 2004: 148) waren Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung; ein Großteil davon kann laut Fischer und Jiménez Ángel (2017: 52) den Paramilitärs zugerechnet werden. Drekonja-Kornat (2004: 152) bezeichnet diese als »Verteidiger des Establishments«. »Neben den eigentlichen Scharmützeln gegen die Guerilla gehen sie besonders brutal gegen angebliche Sympathisanten der »Subversion« vor und ermorden bevorzugt Menschenrechtler, Universitätsprofessoren, Pfarrer oder Intellektuelle« (ebd.). Auch untereinander gab es Reibungen, zum Beispiel zwischen den sehr mächtigen Drogenkartellen in Medellín und Cali. Die linken Guerillas haben in den Augen Drekonja-Kornats ihre revolutionären Ideale inzwischen weitgehend hinter sich gelassen, und die »Comandantes [handelten] als zumeist ideologiefreie »Warlords«« (ebd.). Gleichzeitig, so berichtet er im Jahr 2004, gebe es ein großes Engagement der kriegsmüden Zivilgesellschaft für einen landesweiten Frieden (ebd.: 159).

Von 2002 bis 2010 war Álvaro Uribe Vélez Präsident von Kolumbien, er intensivierte den Kampf gegen die Guerillaorganisationen und führte ihn mit harter Hand. »Seine Verbindung mit den Drogenkartellen seit seiner Anfangszeit in den 1980er Jahren sind dokumentiert und auch in Kolumbien weitherum bekannt« (Pospisil 2016: 6). Uribe polarisierte zwar, verfügte aber auch über großen Rückhalt in der kolumbianischen Bevölkerung. Er verhandelte mit der AUC ein Abkommen, das die formale Auflösung und Demobilisierung der paramilitärischen Organisation beinhaltete, jedoch national wie international als Lippenbekenntnis kritisiert wurde (Valencia Agudelo 2007). Uribes politischer Ziehsohn und ehemaliger Verteidigungsminister Juan Manuel Santos Calderón folgte als Präsident auf Uribe. Letztlich brach Santos mit der ursprünglich auch von ihm mitgetragenen Politik Uribes, indem er einen Friedensprozess mit der FARC in Gang setzte. Die Friedensverhandlungen im kubanischen Havanna waren langwierig, aber im August 2016 erfolgreich und galten bei internationalen Beobachterinnen nicht nur als bahnbrechend, sondern aufgrund ihrer Inklusivität auch als »ausgesprochen innovativ« (Pospisil 2016: 4).

Um für weitreichende Legitimität zu sorgen, sollte das Abkommen per Referendum bestätigt werden. Über den Friedensprozess überwarfen sich allerdings Santos und Uribe, der sich mit viel Einsatz gegen den Prozess und das Abkommen stellte – und mit ihnen das gesamte konservative politische Lager.² Das Abkommen wurde im landesweiten Referendum knapp abgelehnt, und einige der als zu FARC-freundlich

2 »Diese Eliten-Konkurrenz zwischen einem traditionellen Agribusiness-Sektor, der zumindest geographisch mit dem Drogenhandel verbunden ist, und den städtischen, international orientierten

kritisierten Punkte wurden in der Folge nachverhandelt. Das neue Abkommen wurde im Parlament verabschiedet, und 2017 begannen die rund 6 800 Guerillakämpferinnen der FARC ihre Waffen abzugeben (Fischer et al. 2017: 11) und sich ein ziviles Leben aufbauen. Sie gründeten eine politische Partei, die bei den Wahlen 2018 jedoch kaum Zuspruch erhielt. Gleichzeitig gibt es immer wieder Berichte über Morde an Ex-Guerillakämpferinnen (Schnatterer 2019) und über das Fortbestehen paramilitärischer Strukturen (Wienand/Tremaria 2017). Dies erschwert die 2017 begonnenen Verhandlungen mit der ELN ebenso wie die Durchführung der Wahl des Nachfolgers von Santos, bei der Iván Duque Márquez, ebenfalls politischer Ziehsohn Uribes, zum neuen Präsidenten Kolumbiens bestimmt wurde. Duque spricht sich klar gegen das Friedensabkommen mit der FARC aus.

Bedeutsam ist diese bis heute andauernde Konfliktgeschichte Kolumbiens unter anderem, weil sie den kulturellen Hintergrund des Landes bis heute prägt. Der Universitätsprofessor Valencia Agudelo berichtet im persönlichen Gespräch, dass Forscherinnen aufgrund der vielen Morde an Intellektuellen sehr vorsichtig geworden seien, was politische Äußerungen anbelangt. Auch die generell hohe Gewaltbereitschaft sowie die Präsenz verschiedener bewaffneter Gruppen (auch krimineller Banden ohne politischen Anspruch) sind wichtige Kontextbedingungen vieler selbstorganisierter Prozesse und politischer Aktivitäten. Eine in der vorliegenden Arbeit vertretene These ist, dass diese Geschichte das Verständnis von und den Umgang mit Konflikten beeinflusst und somit gewissermaßen eine in der Kultur des Landes tief verankerte Blaupause für Auseinandersetzungen jeglicher Art liefert. Zusätzlich flohen im Laufe der Jahrzehnte viele Menschen vor der Gewalt, was zu einer Verstärkung der ohnehin vorhandenen Urbanisierungstendenzen führte (Quintana Ramírez 2010). »Rund sieben Millionen Menschen suchten als Vertriebene in den städtischen Agglomerationen Schutz und gaben der voranschreitenden Urbanisierung ihr spezielles Gepräge« (Fischer et al. 2017: 9). Insbesondere die illegalen periurbanen Siedlungen wuchsen in dieser Zeit, und die meisten dieser Zugezogenen verfügten nicht – oder nur informell, illegal – über eine Anbindung an die Trink- und Abwasserbewirtschaftung sowie an Stromnetze (ebd.; vgl. López 2016: 170).³ Nach der Einführung in die kolumbianische Geschichte mit Blick auf die Konflikt- und Gewaltgeschichte ist die Verbindung zum Wasserthema hergestellt, dem sich im Folgenden zunächst historisch rekonstruierend genähert werden soll.

Eliten, die diametral entgegengesetzte Interessen verfolgen, war für die polarisierende Kampagne um das Referendum ausschlaggebend« (Pospisil 2016: 8).

- 3 »Residents of these unstable peripheries are predominantly *campesinos* who have been forced to migrate to the city as a consequence of more than 50 years of armed conflict between the state and left- and right wing armed groups in smaller towns and rural areas of the country. From the 1990s, as the conflict intensified, thousands of people were displaced and found refuge in the perilous slopes that ring the city. Houses in these areas are mainly built as they are only reachable by foot through steep and narrow paths. Drainage systems are inadequate and the electricity supply is poor. Unserved settlements are constantly exposed to floods, droughts, fires and mudslides, and residents consequently live under permanent uncertainty and despair. As their tenure status is illegal, they also live under constant threat of eviction from the municipality and extortion from local paramilitary groups« (López 2016: 169f. Hervorh. i. O.).

9.2.2 Geschichte der Wasserbewirtschaftung

Die Form der Trinkwasserbewirtschaftung hat sich in Kolumbien seit Anfang des 20. Jahrhunderts stark verändert; diese Transformationen insbesondere der Governance-strukturen sollen an dieser Stelle kurz angeführt werden. Die aus der Geografie und der Politikwissenschaft stammenden Forscherinnen Tatiana Acevedo Guerrero, Kathryn Furlong und Jeimy Arias (2015) beschreiben die kolumbianische Entwicklung zwischen 1909 und 2012. Ihnen zufolge folgt die kolumbianische Geschichte nicht dem Muster vieler Hocheinkommensländer – 1. Verstaatlichung ehemals privater Bewirtschaftung um 1900, 2. zentralisierter und großangelegter Ausbau bis 1950, 3. neoliberale Dezentralisierung und Privatisierung ab den 1970ern. Stattdessen unterteilen sie die von ihnen untersuchte Zeitspanne in vier Perioden:

»In Period 1, 1909-1935, Colombia's major cities took the lead on regulatory development, with minimal federal intervention. In Period 2, 1936-1984, the federal government began to adopt the urban legislation, seeking to apply it across the country through the creation of national regulatory agencies. In Period 3, 1985-2002, regulatory centralization increased as administrative decentralization was implemented, and a new balance favouring commercial over social goals emerged. Period 4, 2003-2012, is notable for an effort to rebalance commercial and social goals in response to the widespread contestation of neoliberal reforms« (ebd.: 173).

Auf eine sehr begrenzte und vornehmlich private Trinkwasserbewirtschaftung folgte also zunächst ein stärker werdendes städtisches Engagement zu Beginn des 20. Jahrhunderts, das recht betriebswirtschaftlich organisiert war, zum Beispiel durch die Kostendeckungsmethode (ebd.). In der zweiten Periode wurde, nicht zuletzt im Zuge einer Verfassungsänderung, der Zentralstaat aktiver und sorgte für die Unabhängigkeit und zentralisierte Regulierung der städtischen Wasserunternehmen. In dieser Zeit wurde auch ein Umverteilungsmodus eingeführt (ebd.: 176ff.). Dabei wird der Grundbesitz anhand des Immobilienwerts und der Lage bewertet. Entsprechend dem ermittelten Wert werden die Grundstücke in sieben Kategorien sogenannter Sozialschichten (*estratos*) unterteilt. Je höher ein Grund bewertet wird, desto höher auch die Sozialschicht. In der mittleren Kategorie vier werden für die Wasserbewirtschaftung kostendeckende Richtbeträge verlangt, in den unteren Kategorien weniger und in den oberen Kategorien mehr. Daraus ergibt sich ein in Kolumbien auch in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge üblicher Umverteilungsmechanismus.

Bis in die 1990er Jahre hinein war der Staat Hauptverantwortlicher für die Wasserbewirtschaftung (Croteau 2016: 11). In den 1980ern, dem sogenannten verlorenen Jahrzehnt, hatte der Staat mit finanziellen Problemen zu kämpfen, was sich auch auf die Wasserbewirtschaftung auswirkte (Moncada Mesa et al. 2013: 131). Es folgte eine administrative Dezentralisierung, also eine Verantwortungsübernahme der Bundesstaaten, und später dann die Öffnung des Wassersektors für private Investitionen (ebd.: 132). Acevedo Guerrero et al. (2015: 179f.) nennen in ihrer dritten Periode entsprechend die Dezentralisierung und Kommerzialisierung als Hauptcharakteristika. Diese beiden Punkte wurden im bis heute gültigen und in den sozialen Bewegungen viel problematisierten Gesetz 142 aus dem Jahre 1994 festgeschrieben (vgl. Croteau 2016; Roa-

García/Pulido-Rozo 2015; Valencia Agudelo 2008). Ein weiterer Punkt ist die Reduzierung der Quersubventionen auf eine Subsistenzmenge von 20 Kubikmetern (Acevedo Guerrero et al. 2015: 181).

In der Folge trat der Staat als tatsächlicher Dienstleister immer weiter in den Hintergrund und widmete sich verstärkt seiner Rolle als Kontrollinstanz (Valencia Agudelo 2008: 83). Zugleich wurde in die Wasserinfrastruktur investiert, wobei insbesondere kleine Gemeinden und die armen Bevölkerungsschichten weiterhin schwerwiegende Mängel erdulden mussten (ebd.: 84). So werden, was früher unüblich war, Menschen, die ihre Rechnungen nicht zahlen können, inzwischen vom Zugang zu Trinkwasser ausgeschlossen. In der letzten der vier Perioden wurden die Maßnahmen der dritten Periode teilweise zurückgenommen oder abgeschwächt, und so wurde dem Sozialen gegenüber dem Kommerziellen wieder mehr Bedeutung zugemessen (Acevedo Guerrero et al. 2015: 181). Zum Beispiel wurde 2003 anerkannt, dass Trinkwasser lebensnotwendig und somit ein Grundrecht ist; im Zuge dessen hat beispielsweise die Stadt Medellín 2008 den sogenannten *mínimo vital* eingeführt, also ein monatliches Mindestmaß an Wasser definiert – 2,5 Kubikmeter –, das jeder Person, die in als erste oder zweite Kategorie bewerteten Orten wohnt, zur Verfügung gestellt werden muss (ebd.: 182).⁴

Neben dieser Geschichte der Wasserbewirtschaftung, deren Erzählung sich auf Markt und Staat konzentriert, gibt es eine weitere Geschichte, die sich jenseits dieser beiden Pole abspielt (vgl. Moncada Mesa et al. 2013: 133).

»Kolumbien verfügt als ein Land, dessen Charakter in seiner räumlichen Ausdehnung hauptsächlich ländlich geprägt ist, in all den Regionen des Landes über unterschiedliche Formen des Wassermanagements: tiefe Brunnen an der Atlantikküste, Wasser, das in den Andengebieten durch die Schwerkraft herabfließt, die jagüeyes im Orinokogebiet und die einfachen Wasserauffangsysteme in der Amazonasregion und im Chocó mit seinen unendlich vielen Flüssen. Während es sich um unterschiedliche technische Systeme handelt, ist der gemeinsame Nenner das Wassermanagement durch die Gemeinschaften selbst« (Salazar Restrepo et al. 2017: 23; Übers. J. E.).

Die selbstorganisierte Wasserbewirtschaftung, ein fester, aber häufig vernachlässigter Bestandteil der kolumbianischen Wasserwirtschaft, soll im weiteren Verlauf in den Blick genommen werden. Zunächst jedoch gilt es, den ausgewählten Ort des Geschehens, die Metropolregion Medellín, und die vorherrschende Form der Wasserbewirtschaftung näher zu beschreiben.

4 Der *mínimo vital* geht auf die Initiative des *Comité Nacional en Defensa del Agua y de la Vida* (Nationales Komitee für die Verteidigung von Wasser und Leben; kurz: CNDAV), einer der größten sozialen Bewegungen Kolumbiens, zurück (López Rivera 2013: 17).

9.3 Wasserbewirtschaftung im Medellín der Gegenwart

9.3.1 Geografie, Kultur und Hydrologie

Medellín, die Hauptstadt des Bundesstaates Antioquia, ist die zweitgrößte Stadt des Landes. Die Metropolregion Medellín (offiziell: *Área Metropolitana del Valle de Aburrá*; Metropolregion des Aburráts) hat circa vier Millionen Einwohnerinnen und ist in zehn Gemeinden (*municipios*) unterteilt. Die Unterschiede zwischen ärmeren und reicheren Stadtteilen sind deutlich sichtbar und prägen die Stadt und die Bewegungsradien der Bevölkerungsschichten maßgeblich. Medellín gilt als sehr weltoffen unter anderem und wurde vom »Wall Street Journal« 2013 als weltweit innovativste Stadt des Jahres ausgezeichnet (Riggs et al. 2013).⁵ Gleichzeitig ist Medellín der Wirtschaftsmotor von Antioquia und auch im nationalen Rahmen eine der ökonomisch und kulturell wichtigsten Metropolen.

Die Geowissenschaftlerin Marcela López Rivera, deren Doktorarbeit von 2015 ein für dieses Kapitel wichtiger Bezugspunkt ist, schreibt in einem früheren Aufsatz, dass es in Medellín einen regelrechten demografischen Boom gegeben habe (López 2011: 56). Speziell an den Rändern der Metropole wachse die Stadt immer weiter. Insbesondere die ärmeren Stadtteile zögen Menschen, die dem Landleben und der Gewalt entkommen wollten, an. Dies führe auch dazu, dass die Diversität steige, allerdings sei die Infrastruktur in diesen Gebieten in der Regel schlecht und die Lokalregierung mit den aufkommenden Herausforderungen überfordert (ebd.: 57).

»The constant arrival of new inhabitants to the corregimiento has generated a hybrid-culture with rural and urban characteristics. The rural area is inhabited by peasant farmers dedicated to agricultural activities and conserves rural traditions. The urban area hosts a population with strong urban inclination, completely disconnected to the rural world and in constant transformation due to the arrival of new inhabitants from other geographical areas of Colombia with different social and cultural backgrounds« (ebd.: 58).

Diese komplexe soziale Gemengelage ist laut López mitverantwortlich für die immer wieder auftretenden Reibungen und Konflikte und insbesondere die darunterliegenden Identitäts- und Zugehörigkeitsprobleme (ebd.). Nicht zuletzt aus diesem Grunde, aber wohl auch aus der gewaltvollen Vergangenheit heraus, gilt Medellín als Stadt der Möglichkeiten und hartes Pflaster zugleich.⁶

5 »It was selected for its integrated transportation system composed of metro lines, aerial cable cars, buses and bikes, a network of school and libraries in low-income areas as well as new parks and museums« (López Rivera 2015: 11f.).

6 López Rivera münzt das Verständnis von Urbanisierung folgendermaßen auf den Wasserbereich: »Building on this, urbanization is understood as a process of bringing nature (water) into the city by transforming it into a commodity, and inserting it into the sphere of money. This process is composed by capturing raw water (e.g. surface water, groundwater) from distant reservoirs, treating it to make it suitable for human consumption, transporting it to individual households in the form of cubic meters through complex infrastructure networks and integrating it into transnational capital flows« (López Rivera 2015: 32).

Antioquia verfügt, wie auch Kolumbien allgemein, über ein vergleichsweise hohes Wasservorkommen. Die Hügel, die Medellín und das Aburrátal umgeben, sind grün und es gibt zahlreiche Bäche, die durch Medellín fließen und in den Fluss Aburrá münden. Der Aburrá ist ein wichtiger Bestandteil der Medellínener Wasserbewirtschaftung und fließt mitten durch die Stadt. Die hohe Wassermenge in der Region zeigt sich nicht zuletzt darin, dass insbesondere im Osten von Antioquia Wasserkraft eine wichtige Energiequelle ist. Die fünf dort vorfindlichen Kraftwerke produzieren laut Spigarelli (2016: o. S.) 29 Prozent des nationalen und 73 Prozent des antioquinischen Elektrizitätsbedarfs. Gleichzeitig sind sie für die Wasserwirtschaft von Medellín von großer Bedeutung. Die Juristin und führende Mitarbeiterin der in Medellín ansässigen und in der Wasserbewegung sehr aktiven Nichtregierungsorganisation *Corporación Ecológica y Cultural Penca de Sábila* (Ökologische und kulturelle Korporation Aloeblatt; kurz: *Penca*) Bibiana Salazar Restrepo (2011c: 7f.) beschreibt die in der (gegenwärtig gültigen) Verfassung von 1991 vorgesehenen Möglichkeiten der Wasserbewirtschaftung. Sie nennt drei Organisationsformen, in denen die Wasserbewirtschaftung rechtlich zulässig ist. Erstens darf der Staat mit seinen unterschiedlichen Untererebenen die Wasserbewirtschaftung direkt oder mittels eines entsprechenden Dienstleistungsunternehmens übernehmen. Zweitens dürfen auch sogenannte organisierte Gemeinschaften, also nicht profitorientierte, lokal wirkende Vereine, diese Aufgabe ausführen. Drittens dürfen natürliche oder juristische Personen, die sich als Unternehmen organisieren, die Wasserbereitstellung verantworten und daraus Profite erwirtschaften. Da dieser dritte Punkt in Medellín keine nennenswerte Rolle spielt, werden im Folgenden die ersten beiden Fälle in den Blick genommen: zunächst das für Medellín zuständige staatliche Unternehmen und im Anschluss daran die selbstorganisierten gemeinschaftlichen Wasserbewirtschaftungssysteme (*acueductos comunitarios*; kurz: *acueductos*).

9.3.2 Die Empresa Pública de Medellín

Das Öffentliche Unternehmen von Medellín (*Empresa Pública de Medellín*; kurz: EPM) wurde 1955 als städtischer Betrieb gegründet⁷ und ist seither für viele öffentliche Aufgaben verantwortlich, unter anderem Elektrizität, Abwasser und Telekommunikation (Acevedo Guerrero et al. 2015: 177f.). Auch die Belieferung mit Trinkwasser gehört zu einem der Kernbereiche von EPM, das sich eine umfangreiche Infrastruktur aufgebaut hat.⁸

»Water demands in the city are met through an extensive distribution system comprised of 11 plants, 34 pumping stations, 110 storage tanks and a complex network of 3,599 km of pipelines which transport 288.5 million cubic meters of water on a daily basis during 24 hours to 971,755 customers« (López Rivera 2013: 5).

7 Eine detaillierte Beschreibung der Entwicklungen von EPM seit seiner Gründung liefert López Rivera (2015: 58ff.).

8 »EPM since its inception undertook a municipal hydraulic paradigm model largely centred on the construction of large-scale and capital-intensive engineer projects (e.g. hydroelectric power plants, tanks, reservoirs) to secure universal water service provision and the modernization of the city« (López Rivera 2015: 169).

Im Kontrast zu den mitunter stark verschmutzten Flüssen Medellín beliefert EPM die Stadt mit Trinkwasser von sehr hoher Qualität (ebd.: 6). So ist es in Medellín, anders als in Cochabamba, an den meisten Orten unbedenklich, das Leitungswasser zu trinken. Ebenso gilt EPM als sehr effizientes Unternehmen, wobei die Topografie Medellín dem Unternehmen in die Hand spielt (López Rivera 2015: 103). Durch ihre Tallage gelangt das Wasser per Gravitation in die Stadt, wodurch kostspielige Pumpleistungen vermieden werden können.

Obwohl EPM ein Unternehmen in öffentlicher Hand ist, operiert es, López (2014: 7) zufolge, weitgehend nach Marktprinzipien – eine Möglichkeit, die öffentlichen Unternehmen mit dem bereits erwähnten Gesetz 142 von 1994 eröffnet wurde. Laut Croteau (2016: 12) verschwimmen im Falle von EPM die Grenzen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten. Das Verhältnis zwischen EPM und der Gemeinde Medellín ist maßgeblich durch zwei Elemente geprägt. Zum einen überweist EPM 30 Prozent seines Gewinns an die Stadt Medellín (López 2014: 8). Etwas süffisant bemerkt López Rivera (2015: 91) auf eben diese jährlichen Zahlungen bezogen: »There is not anything that generates more excitement that EPM's annual transfers to the Municipality of Medellín.« Medellín ist dadurch zur finanzkräftigsten Stadt Kolumbiens geworden (ebd.: 92). »The Municipality has largely used EPM transfers to finance urban transformation projects such as a network of public schools and libraries in low-income neighbourhoods, new museums and parks, and a massive public transportation system« (López 2016: 167). Zum anderen verschaffen diese Zahlungen EPM auch eine herausgehobene Position, wenn es darum geht, über die Geschicke der Stadt zu entscheiden, López Rivera (2015: 92) nennt die Planung und Modernisierung der Stadt als Beispiele.

Die Preispolitik von EPM hat sich von einem Niedrigpreis- hin zu einem Kostendeckungsprinzip gewandelt. Die Preise sollen die wahren Kosten der Dienstleistung widerspiegeln, die Infrastruktur langfristig erhalten und deren Ausbau finanzieren (ebd.: 103). Ein weiteres Argument für diese eher einem konventionellen Betrieb als einem öffentlichen Unternehmen entsprechende Strategie ist, dass durch die höheren Preise die Wasserverschwendung reduziert werden soll (ebd.). In diesem Sinne wird auch versucht, die Konsumentinnen in Aufklärungskampagnen von der Knappheit des Wassers zu überzeugen (ebd.: 94). »Several programs have been introduced to re-educate poor consumers into a ›payment culture‹ and to appreciate water as a ›scarce‹ ecological resource, even though the city is located in an area of high water availability« (ebd.). EPM ist in und um Medellín in zahlreiche wasserbezogene Projekte involviert, so setzt das Unternehmen sich zum Beispiel für öffentliche Springbrunnen, Seen und Parks ein, engagiert sich in Aufforstungsprogrammen und baut Wasseraufbereitungsanlagen, um die Wasserqualität des Río Medellín zu verbessern (ebd.: 170).

Im Jahr 2010 hat sich EPM dazu entschlossen, sich zu internationalisieren, also über die Landesgrenzen hinaus zu expandieren, und ist inzwischen in zahlreichen Ländern Lateinamerikas tätig (Croteau 2016: 15). In diesen Ländern operiert EPM laut Croteau in gleicher Weise wie private multinationale Unternehmen und hat den Ruf, eines der erfolgreichsten Unternehmen auf seinem Gebiet zu sein (ebd.: 16). Den Ursprung diese Entwicklung zur *multilatin* sieht López Rivera (2015: 88) in der globalen Finanzkrise ab 2008 und in den sich daraus ergebenden für EPM günstigen Rahmenbedingungen. Den sich einstellenden Erfolgs sieht sie als einen Grund für den Stolz und die Bewunde-

rung vieler Bewohnerinnen Medellín (ebd.: 1). Von dieser Warte aus wird EPM folgendermaßen gesehen: »[A] public company owned by the municipality can deliver good quality services while at the same time being profitable, low in debts and expanding successfully into other geographical areas« (ebd.). Gleichzeitig wird das Unternehmen dafür kritisiert, dass es sich gewaltsam Land aneigne und Menschen ohne angemessene Kompensation den Zugang zu Flüssen und damit zu ihrer Unterhaltsquelle verwehre (ebd.: 91).

9.3.3 Selbstorganisation im Wassersektor: die *acueductos comunitarios*

Neben EPM, das den absoluten Großteil der Metropolregion Medellín mit Trinkwasser beliefert, gibt es auch kleine, nachbarschaftlich selbstorganisierte Wasserorganisationen: die *acueductos*. In Kolumbien befindet sich die Mehrzahl im ländlichen Raum (Salazar Restrepo et al. 2017: 23). Verschiedene Quellen gehen landesweit von ungefähr 12000 *acueductos* aus (vgl. bspw. Bedoya/Cadavid 2016: 30; Otálora Gómez et al. 2013: 60f.), wobei auch von 10000 (Moncada Mesa et al. 2013: 143) oder gar 15000 (Arenas 2017: 39) die Rede ist. Ungefähr 1500 *acueductos* befinden sich laut Harris und Roa-García (2013: 25) im städtischen Raum. Eine Selbstbeschreibung der *acueductos* liest sich wie folgt: »Wir sind Organisationen ohne Gewinnstreben, die unter den Maximen der gegenseitigen Hilfe und des Vertrauens arbeiten, wir sind Stätten, Räume und Momente der Begegnung, um Gemeinschaft zu schaffen und kollektiv Wohlergehen in unseren Gebieten zu kreieren« (Salazar Restrepo et al. 2017: 22; Übers. J. E.). Es gibt unterschiedliche Organisationsformen, mit einer großen Bandbreite bezüglich der Transparenz, des Betriebs, der Abdeckung, der ökologischen Nachhaltigkeit und des solidarischen Verhaltens (Roa García et al. 2015: 53). Zwei Beispiele, erstens ein eher übliches und zweitens ein Sonderfall, sollen zum Zwecke der Illustration kurz angeführt werden.⁹

Angelica Valencia, Vorsitzende des *Acueducto Cerro Samaria* in El Carmen de Viboral, berichtet von ihrer aus 1900 Familien bestehenden Organisation, dass diese sechs Nachbarschaften umfasst, die jeweils eine eigene Gemeinschaft bilden. Aus jeder Nachbarschaft werden sieben Delegierte für jeweils zwei Jahre gewählt. Aus diesen 42 Delegierten setzt sich die Generalversammlung zusammen, die sich zweimal im Jahr sowie zu außergewöhnlichen Anlässen trifft. Aus der Versammlung werden sieben Delegierte in die *junta directiva*, den unbezahlten Vorstand, gewählt. Dieser trifft sich mindestens monatlich, und Entscheidungen werden per Mehrheitswahl getroffen. In früheren Zeiten wurde man durch den Einsatz von Material und Arbeit zum Mitglied, heute wird die Aufnahme, aus Gerechtigkeitsgründen, wie Valencia betont, über das Medium Geld vollzogen. Früher wurden auch häufig Feste veranstaltet, um Mittel zu generieren. Heute sei dies nicht mehr notwendig, da das *acueducto* finanziell gut ausgestattet sei, so Valencia; daher gebe es auch keine gemeinsamen Feste mehr. Das Geld, das am Ende des Jahres übrig bleibt, wird direkt in das *acueducto* und die Infrastruktur reinvestiert. Die wichtigsten Regeln sind die offiziellen Statuten; der erste Grundsatz lautet »Service mit

9 Für ein weiteres Beispiel siehe López (2016: 170f.) und für die Unterscheidung verschiedener Arten von *acueductos* siehe Moncada Mesa et al. (2013: 135f.).

Quantität, Qualität und Kontinuität«, der zweite »Es muss sich finanziell tragen« (Valencia).¹⁰ Grundsätzlich geht es der Organisation, so Valencia, um die Dienstleistung und darum, die Gemeinschaft zu verbessern.

Das *Acueducto La Acuarela* in San Cristóbal, in dem Martha Sánchez Velásquez sich engagiert, entstand 1996, als die Bewohnerinnen von San Cristóbal sich an das Bürgermeisterinnenamt wandten und eine Wasserbewirtschaftung verlangten. Da EPM die Belieferung des Stadtteils aus ökonomischen Gründen nicht übernehmen wollte, begann das Bürgermeisterinnenamt eine Alternative zu planen. Letztlich kam das Amt für die Infrastruktur auf und gründete ein nachbarschaftliches *acueducto*, das die Bewirtschaftung übernahm. »Wir machen alles«, sagt Sánchez Velásquez, »Beschaffung, Behandlung, Aufbereitung, Verteilung und Kommerzialisierung des Wassers.«¹¹ Nach der Anfangsinvestition zog sich das Bürgermeisterinnenamt zurück und überließ den Ausbau dem *acueducto*. Die gesamte Infrastruktur, mitsamt den vom *acueducto* getätigten Investitionen, verblieb im Eigentum der Stadt Medellín. Letztlich ist das *acueducto* Dienstleister sowohl für die Menschen in San Cristóbal als auch für das Bürgermeisterinnenamt, das die Wasserbewirtschaftung ausgelagert hat und sich nur noch für die Überwachung zuständig zeigt. Inzwischen umfasst das *acueducto* 3500 Abonnentinnen¹² (*suscriptores*), was ungefähr 14000 Nutzerinnen bedeutet. Die Organisationsstruktur entspricht weitgehend der anderer *acueductos*, allerdings bekommen beim *Acueducto La Acuarela* alle Mitarbeiterinnen ein festes Gehalt.

Viele *acueductos* unterteilen, so Roa-García und Pulido-Rozo (2015: 6), nicht notwendigerweise anhand der staatlichen Klassifizierungen (siehe 9.2.2). Die meisten legen in einem gemeinsamen Prozess Wassertarife fest, die sich an den Betriebs-, Instandhaltungs- und Administrationskosten orientieren (ebd.). Die Kosten für die Infrastruktur hingegen spielt eine untergeordnete Rolle (ebd.). Dies führt dazu, dass gerade die Nutzerinnen mit niedrigen Klassifikationen tendenziell mehr zahlen als nach der staatlichen Methode (ebd.: 8). Dieser Umstand erschließt sich mit Blick auf die geringe räumliche Ausdehnung der *acueductos* und die dadurch bedingte niedrige ökonomische Diversität in der Bevölkerungsstruktur. *Acueductos* in ärmeren Stadtteilen haben häufig schlicht keine Zahlungskräftigen in ihren Reihen, die quersubventionieren könnten.

Roa-García und Pulido-Rozo kommen dennoch zu dem Schluss, dass es viele Beispiele gibt, bei denen die Wasserkosten – bei guter Qualität und trotz teils hoher techni-

10 Die aus den Interviews (mit Valencia Agudelo, Giraldo Usme, Zárate Yepes, Valencia, Gil Ospina, Giraldo Sánchez, Palacio, Rodríguez, Castrillon, Sánchez Velásquez, Salazar sowie dem EPM-Manager) entnommenen wörtlichen Zitate wurden vom Verfasser aus dem Spanischen übersetzt. Dies ist aus Gründen der Lesbarkeit nicht im Einzelnen kenntlich gemacht. Im Falle weiterer fremdsprachiger Quellen ist eine Übersetzung explizit ausgewiesen. Der Angestellten von EPM hat darum gebeten, nur in anonymisierter Weise zitiert zu werden. Diesem Wunsch soll mit der hier verwendeten Bezeichnung Rechnung getragen werden. Alle anderen haben der namentlichen Nennung zugestimmt.

11 Mit Kommerzialisierung ist hier gemeint, dass die Preise festgesetzt, Abrechnungen gemacht, Schulden eingefordert werden.

12 Man beachte den sprachlichen Unterschied zwischen diesem und anderen *acueductos*, wo von Mitgliedern (*socios*) die Rede ist, was auf ein eher unpersönliches Dienstleistungsverhältnis in San Cristóbal schließen lässt. In Medellín gibt es insgesamt zwölf derartige *acueductos*.

scher Anforderungen – unter den handelsüblichen liegen und die damit das Argument der positiven Skaleneffekte relativieren (ebd.: 12). Aus ihrem *acueducto* berichtet Rodriguez von einer hohen Zahlungsmoral der Mitglieder und dass auch finanzielle Anreize gesetzt werden, um den Konsum zu begrenzen. Mit Verweis auf Marino Tadeo führen Roa García et al. (2015: 69) weitere Vorteile der *acueductos* auf: erstens die permanente Präsenz der Verwaltung, die sich aus Mitgliedern der Organisation und des Stadtteils zusammensetzt, zweitens das ganzheitliche Management des Wassereinzugsgebiets, drittens die kurze Reaktionszeit bei Lecks und viertens der sensible und persönliche Umgang mit den ökonomischen Umständen der Mitglieder.

Allerdings gibt es auch bei den *acueductos* Probleme. Roa García et al. unterscheiden zwischen biophysischen, technischen und institutionellen Vulnerabilitäten (ebd.: 55f.). Zu den biophysischen zählen zum Beispiel die klimatischen Bedingungen und deren Schwankungen, ebenso die Veränderungen der Bodennutzung, die sowohl auf die Qualität als auch die Quantität des verfügbaren Wassers wirkt. Unter den technischen verstehen Roa García et al. die Anpassung der Infrastruktur an die lokalen Begebenheiten.¹³ Weiterhin sind in diesem Bereich Herausforderungen angesiedelt, die mit der technischen Effizienz der Infrastruktur, also beispielsweise der Vermeidung hoher Wasserverluste durch Lecks in den Rohren, zu tun haben. Als institutionelle Vulnerabilitäten werden sowohl Fragen des ausreichenden Zugangs zu Wasser als auch der notwendigen ökonomischen Einkünfte bezeichnet. Roa García et al. gehen davon aus, dass die institutionellen Herausforderungen für die *acueductos* mindestens gleichbedeutend mit den biophysischen und technischen sind (ebd.: 74). Sie bezeichnen die institutionelle Gangbarkeit sogar als in besonderem Maße bedeutsam im Vergleich zu den technischen Fragen.¹⁴

In der Regel haben sich die *acueductos* aufgrund der Abwesenheit des Staates gegründet (Bedoya/Cadavid 2016: 30). Inzwischen sind sie in ein weites Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen eingebettet, wie zum Beispiel ökologischer Nichtregierungsorganisationen oder aktivistischer Gruppen, die sich für die ökonomischen, politischen und sozialen Rechte der Menschen einsetzen (Moncada Mesa et al. 2013: 134). Hinzu kommen eigene Metaorganisationen, also Zusammenschlüsse vieler *acueductos* unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach. Auf nationaler Ebene wurde das *Red Nacional de Acueductos Comunitarios Colombia* (Nationales Netz gemeinschaftlicher Wasserversorgungssysteme Kolumbien; kurz: RNAC) ins Leben gerufen. Auch auf geografisch kleineren Ebenen existieren derartige Dachverbände.

Ein Beispiel aus dem Medellínener Umland ist die *Asociación de Acueductos Veredales de El Carmen de Viboral Agua Viva* (Vereinigung der nachbarschaftlichen Wasserversorgungssysteme aus El Carmen de Viboral Lebendiges Wasser; kurz: *Agua Viva*). Der nicht gewinnorientierte Verein wurde 2001 gegründet. Der Grund war, dass es ein sehr altes *acueducto* gab, das seine Erfahrungen teilen wollte, so die Geschäftsführerin von *Agua*

13 Auf diesen Punkt hebt Correa (2017: 34) ab, wenn er Technologien fordert, die an die jeweiligen Bedürfnisse der *acueductos* angepasst sind.

14 Bezüglich der rechtlichen Grundlagen der *acueductos* siehe Otálora Gómez et al. (2013) und Salazar Restrepo (2011b).

Viva, Yolanda Giraldo Sánchez, es ging also darum, »diese Kräfte zu vereinigen, Erfahrung zu vereinen, Wissen zu vereinen und uns zu stärken und zusammenzuarbeiten, um als Verbund zu wachsen«. Neun der fünfzehn *acueductos* in El Carmen de Viboral gehören diesem Zusammenschluss an. Die Hauptaufgaben sind laut Giraldo Sánchez:

- Die Unterstützung bei Behördlichem wie Anträgen und Abrechnungen,
- gemeinsame Verträge, z.B. mit Laboren zur Überprüfung der Wasserqualität oder für Bauarbeiten,
- Fortbildungsmaßnahmen (zum Beispiel für die Buchhaltung oder die technischen Angestellten) und
- die gemeinsame Buchhaltung.

Repräsentantinnen der neun *acueductos* bilden den Vorstand, bei dessen Treffen auch Giraldo Sánchez und der Buchhalter beratend anwesend sind. *Agua Viva* führt eine jährliche Mitgliederversammlung aus und finanziert sich über Beiträge der *acueductos*. Besonders wichtige Argumente für die Existenz von *Agua Viva* sind laut der Geschäftsführerin die Reduktion von Kosten und Aufwänden – so werden beispielsweise Kostenvorteile bei gemeinsamen Materialbestellungen hervorgehoben – sowie das *pooling* von Wissen und Erfahrungen und die generelle gegenseitige Unterstützung (insbesondere der größeren und finanzstärkeren *acueductos* gegenüber den kleineren und weniger potenten). In Kolumbien gibt es also auf unterschiedlichen geografischen Ebenen Zusammenschlüsse von *acueductos* (siehe 9.4.6), einige sind eher operativer Natur, wie *Agua Viva*, andere betonen stärker den politischen Charakter, wie das RNAC, wobei der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Unterstützung in allen Fällen eine wichtige Grundlage zu sein scheinen.

9.3.4 Die Gesetzesinitiativen der Wasserbewegung

Wie schon im cochabambinischen Fall (siehe 8.2) ist auch in Medellín das Menschenrecht auf Wasser ein wichtiger diskursiver und politischer Bezugspunkt im Ringen um die Wasserbewirtschaftung. So bezeichnen sich die *acueductos* selbst als »Verteidiger und Förderer des Schutzes und der Bewahrung des Wassers und seiner Gewährung als grundlegenden Menschenrechts« (Giraldo Vélez/Villada 2011: 3; Übers. J. E.). Die soziale und ökologische Gerechtigkeit sei bereits in ihren alltäglichen Handlungen, ihren Erfahrungen und ihrem kollektiven Wissen enthalten (ebd.). Diese Überzeugung von der eigenen moralischen Integrität ist, neben politischen Interessen und dem Schutz der Aktivitäten der *acueductos*, wohl der Hauptgrund für die im Nachfolgenden beschriebenen Gesetzesinitiativen. Bibiana Salazar spricht im Interview davon, dass die *acueductos* in ihrer Selbstwahrnehmung wichtig für die Einhaltung des Menschenrechts auf Wasser seien, vom Staat aber inadäquat behandelt würden. Als zentrales Problem sei das Gesetz 142 ausgemacht und daraufhin argumentiert worden, dass es einer anderen rechtlichen Grundlage bedürfe. Zu diesem Zeitpunkt sei ein partizipativer Prozess in Gang gesetzt und in unterschiedlichen Arbeitsgruppen ein Alternativvorschlag erarbeitet worden. Salazar beschreibt diesen Prozess, an dem sie selbst maßgeblich beteiligt war, folgendermaßen:

»Es entstand ein Text, den ich redigieren und zusammenstellen durfte; er ist kein Produkt dessen, was ich selbst gemacht habe, sondern ein Produkt der Lektüre dessen, was auf unterschiedlichen Treffen Menschen aus unterschiedlichen Gegenden, mit unterschiedlichen, sagen wir, ökonomischen, Möglichkeiten entwickelt haben.«

Bei den juristischen Feinheiten habe ein beratendes Expertinnengremium geholfen.

Dieser Gesetzentwurf für ein sogenanntes *ley propia* (ein eigenes/geeignetes Gesetz) hat eine Vorgeschichte, die im Folgenden in Kürze erzählt werden soll. Im Mai 2005 versammelten sich Wasseraktivistinnen und starteten eine Kampagne mit dem Namen *Agua como bien público* (Wasser als öffentliches Gut), und als die Kampagne Momentum gewann, wurde 2007 das *Comité Nacional en Defensa del Agua y la Vida* (Nationales Komitee zur Verteidigung des Wassers und des Lebens; kurz: CNDAV) gegründet (Bélanger Dumontier et al. 2014: 8).¹⁵ Ziel war ein Referendum für eine Verfassungsänderung, die ein Menschenrecht auf Wasser festschreibt, den bereits erwähnten *mínimo vital* einführt, die nicht gewinnorientierte öffentliche und gemeinschaftliche Wasserbewirtschaftung zur Norm macht und den Schutz der für die Wasserkreisläufe maßgeblichen Ökosysteme sicherstellt (Croteau 2016: 14f.). Die *acueductos* wurden in die Bewegung eingebunden und machten sich diese zu eigen, sodass mehr als 1300 Organisationen anfangen, Unterschriften zu sammeln, Informationsveranstaltungen, Versammlungen und Demonstrationen zu organisieren und weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen (ebd.: 15). Im September 2009 reichte das CNDAV 2,5 Millionen Unterschriften ein, und in der Folge wurde der Petitionstext im Kongress behandelt (ebd.). Dort konnte der damalige kolumbianische Präsident Álvaro Uribe unter Protest des CNDAV bedeutsame Änderungen am Text durchsetzen (Bélanger Dumontier et al. 2014: 8).

Letztlich wurde die Initiative vom Kongress abgelehnt und somit der Wasserbewegung eine empfindliche Niederlage zugefügt, die zur weitgehenden Auflösung aufgrund ausbleibender Weiterfinanzierung und interner Streitigkeiten führte (ebd.). Trotz dieses Misserfolgs wird diese Episode auch als Erfolgsgeschichte erzählt und somit gewissermaßen umgedeutet. Hauptpunkte dieser Erzählung sind das nachfolgende gerichtliche Verbot, besonders vulnerablen Menschen den Wasseranschluss abzdrehen, und die Einführung des *mínimo vital* in Bogotá und Medellín (Croteau 2016: 17). Diese Umdeutung scheint ein wichtiger Anker für die heutige Wasserbewegung zu sein, die mutig weiter für ihre Anliegen kämpft. Außerdem führt nicht zuletzt diese Umdeutung dazu, dass die *acueductos*, die in ein breites Bündnis sozialer Bewegungen inkludiert waren, politisch an Gewicht und Schlagkraft gewannen und dass ihre Positionen im allgemeinen Diskurs Anerkennung und Fürsprache erhielten (vgl. ebd.: 16).

15 Die Befürworterinnen sprachen sich zuvorderst gegen das Gesetz 142 aus, allerdings nicht ausschließlich: »They also criticized the intervention of the World Bank, which in 2004 introduced the potable water and sanitation program for Colombia to improve coverage in urban and rural areas. The implementation of this program implied institutional and political reforms favoring a shift to more commercial and entrepreneurial forms. Critics contested that this ultimately led to the exclusion of community organizations that had been integral to water governance in Colombia, as many such entities [...] were forced to hand over management and existing infrastructure to private enterprises« (Harris/Roa-García 2013: 25).

Nichtsdestotrotz lag die Wasserbewegung einige Jahre brach. Salazar (2017a: 29) beklagt, dass die gemeinschaftliche Wasserbewirtschaftung weiterhin unsichtbar gemacht werde und einer gegen viele Grundrechte verstoßenden Diskriminierung unterworfen sei. Der mit einem ersten Treffen im Jahr 2006 gelegte Impuls wurde nun wieder aufgegriffen, und weitere Treffen mit durchschnittlich 250 Teilnehmenden aus verschiedenen *acueductos* und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen der Wasserbewegung wurden veranstaltet (RNAC 2017a: 4). Das inzwischen gegründete *Red Nacional de Acueductos Comunitarios de Colombia* (RNAC) wurde zum zentralen Organ des neuen Anlaufs. Dieses Mal zielten die *acueductos* noch stärker auf den Schutz der eigenen Organisationen ab, die die Akteurinnen als Erbe aus uralten Zeiten ansehen (RNAC 2017b: o. S.), auf das sie sich berufen, wenn sie ihr Vorhaben mit folgenden Worten anpreisen: »Unsere ganze Geschichte als organisierte Gemeinschaften der *acueductos comunitarios* war verknüpft mit der Bewahrung des Wassers und mit dem Sicherstellen von Wasser für unsere Gemeinschaften und für die familiäre Agrarwirtschaft« (ebd.; Übers. J. E.). Aus ihrer Sicht lassen sich die aktuellen Probleme Kolumbiens nicht lösen, wenn nicht die Wasserfrage geklärt ist. Die Fragen sowohl nach Frieden als auch nach Nachhaltigkeit werden also eng verbunden mit der Frage des Umgangs mit Wasser: »In Kolumbien kann es keinen Frieden geben, wenn wir uns nicht mit dem Wasser und seinen Lebensräumen versöhnen, mit den Bergen, die die Flüsse formen, mit den Mooren und Feuchtgebieten, mit den Lagunen und den Flüssen, mit den Quellen und Bornen« (ebd.; Übers. J. E.). Der Vorschlag des RCAC zielt unter anderem ab auf das Recht der gemeinschaftlichen Selbstverwaltung bei der Wasserbewirtschaftung, den individuellen und kollektiven Zugang zu Wasser, die adäquate Behandlung des *acueductos* vonseiten des Staates, auf das Recht der *acueductos* auf Autonomie und eigene Organisationsformen, auf das Recht (und die Selbstverpflichtung) auf eine saubere Umwelt und einen partizipativen Planungsprozess (ebd.).¹⁶

Zur Zeit der Feldforschung waren die *acueductos* gerade dabei, Unterschriften zu sammeln und Infoveranstaltungen zu organisieren. Viele der Interviewten unterstützten das Gesetzesvorhaben; das gilt nicht nur für Akteurinnen aus den *acueductos*, wie zum Beispiel Castrillon, Palacio, Rodriguez und Valencia, sondern auch für den EPM-Manager, der insbesondere die Kritik an der Gleichbehandlung der *acueductos* mit kommerziellen Anbietern bezüglich staatlicher Regulierung und Kontrolle teilt. Am Ende des Tages scheiterte der neuerliche Versuch, auf diesem Wege eine Veränderung herbeizuführen, da die Anzahl der gesammelten Unterschriften nicht ausreichte, um die rechtlichen Vorgaben zu erfüllen. Von den Organisatorinnen wurden mehrere Gründe für den Misserfolg angeführt (RNAC 2018). Erstens sei die politische Lage im Land aufgrund der langwierigen Verhandlungen mit den Guerillaorganisationen FARC und ELN hochgradig polarisiert gewesen. Zweitens seien Befürworterinnen generell bedroht und teils umgebracht oder vertrieben worden. Drittens sei die Kampagne teilweise vonseiten der Politik zur eigenen Profilierung instrumentalisiert worden, was zu einem Vertrauensverlust geführt habe. Viertens schließlich seien die finanziellen und logistischen Mittel sehr knapp gewesen, was auf die generell bescheidene finanzielle Lage der *acueductos* zurückgeführt wird.

16 Der genaue Wortlaut des Gesetzesvorschlags findet sich in Salazar Restrepo (2017).

9.4 Commoning in *acueductos* comunitarios

9.4.1 Gemeinsame Wasserbewirtschaftung

Nachdem bis hierher der spezifische Kontext der *acueductos* in Kolumbien und der Metropolregion Medellín beschrieben wurde, sollen in den kommenden Abschnitten die in der vorliegenden Arbeit gestellten Forschungsfragen in den Mittelpunkt rücken. Zuerst geht es ums Commoning, im zweiten Schritt um die Eingebettetheit und zuletzt um die Fragen der Wasserkonflikte. Zum Thema Commoning werden zunächst allgemein gehaltene Einschätzungen zweier Autorinnen, Bibiana Salazar und María Isabel Arenas, bezüglich der Praktiken gemeinsamer Wasserbewirtschaftung vorgestellt; danach werden die einzelnen Elemente des Commoning – Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Bedürfnisbefriedigung, Versorgung, Peerismus, Inklusivität und Vermittlung – nacheinander in den Blick genommen werden.

Salazar (2017b: 22) macht den historischen und demokratischen Charakter des gemeinschaftlichen Managements stark, durch das ihr zufolge erstens Grundbedürfnisse auf selbstorganisierte Weise gedeckt würden, das zweitens sowohl rural als auch urban sein könne und bei dem sich drittens Menschen zusammentun, eigene Identitäten entwickeln und autonome Entscheidungsfindungsprozesse etablieren würden. Im Interview beschreibt sie es mit folgenden Worten:

»Es sind Praktiken – von Angesicht zu Angesicht, nicht wahr? – von den Menschen aus der Gegend, bei denen [bei den Praktiken] Vereinbarungen getroffen werden; Vereinbarungen, die sich darauf beziehen, wie man das Wasser nutzt, aber auch, wie man Konflikte beilegt, wie man sich um die Natur kümmert, wie man den staatlichen Vorstößen entgegentritt« (Salazar; Anm. J. E.).

Salazar geht davon aus, dass die Ursprünge der *acueductos* im ländlichen Raum zu finden sind und auf den dort verbreiteten kleinbäuerlichen Praktiken beruhen. Die entsprechende Haltung und Einstellung werde in die Städte hineingetragen, wo sich die Menschen zwar nicht mehr selbst versorgen könnten, die spezielle Art, mit dem Wasser in Beziehung zu treten, aber sehr wohl weitertragen würden.

Die Sozialarbeiterin Arenas (2017: 39) führt eine große Anzahl an Schlagworten zur Beschreibung der Praktiken der *acueductos* an: Partizipation, Konsens, Gleichheit der Geschlechter, Solidarität, Transparenz und Dialogorientierung. Es gehe um die Befriedigung der Grundbedürfnisse, um die »Förderung von Werten wie der Kooperation, der Vereinigung und des Dialogs und um die Schlichtung der in den Organisationen und den Gemeinschaften auftretenden Konflikten sowie um die Sicherstellung des Friedens und des Zusammenlebens in unseren Gebieten« (ebd.: 40; Übers. J. E.). Wichtige Bedingungen seien die Vereinigungsfreiheit, die überhaupt erst möglich mache, sich in eigenständigen Organisationen zu assoziieren, sowie die Nichtparteilichkeit, welche die *acueductos* vor parteipolitischer Vereinnahmung schützen solle (ebd.: 39).

Diese durchweg positiven Beschreibungen zeigen, mit wie vielen gefälligen Assoziationen und Hoffnungen die *acueductos* mitunter verknüpft werden. Auch wenn diese wohl nicht zur Gänze und schon gar nicht in jedem Einzelfall zutreffen dürften, vermit-

teln sie doch eine Idee von der Besonderheit, Vielschichtigkeit und Komplexität dieser Art der gemeinsamen Wasserbewirtschaftung.

9.4.2 Selbstorganisation

Die Selbstorganisation ist das Prinzip, das den *acueductos* wohl am häufigsten und eindeutigsten zugeordnet wird (bspw. Otálora Gómez et al. 2013: 34). Salazar (2017c: 7) betont die Möglichkeit der *acueductos*, eigene Entscheidungen zu treffen und Regelungen zu beschließen. Dass derartige Entscheidungen durchaus auch gegen die eigenen kurzfristigen Interessen gefällt werden, zeigte eindrücklich die Mitgliederversammlung des *Acueducto Alto de las Flores*, bei der die Mitglieder wegen eines Investitionsrückstaus und zur Unterstützung des *ley propia* eine Erhöhung der eigenen Beiträge um mehr als 17 Prozent beschlossen haben. Die *acueductos* beschreiben sich selbst als Entitäten ohne Gewinnabsicht, in denen die Entscheidungen in Mitgliederversammlungen per Konsens- oder Mehrheitsentscheid getroffen und die Selbstorganisation und die Demokratie als eine gemeinschaftliche Art des Seins und des Tuns erlebt werden (Giraldo Vélez/Villada 2011). Laut Arenas (2017: 39) führt das gemeinschaftliche Tun unter anderem dazu, dass die Gemeinschaften lernen würden, in Selbstorganisation Ressourcen zu bewirtschaften, Infrastrukturverbesserungen zu finanzieren, gemeinsame Arbeitseinsätze (*convite*) durchzuführen, Fundraising zu betreiben, für die eigenen Belange auf dem politischen Parkett und in öffentlichen Diskursen einzustehen und sich gegen externe Bedrohungen wie Privatisierungsbestrebungen zur Wehr zu setzen.

Kritischer sieht Rodríguez die Lage, konkret bezogen auf ihr eigenes *acueducto*. Sie beklagt die extrem geringe Partizipation der Mitglieder und meint, die Menschen seien hauptsächlich daran interessiert, dass das Wasser in ihrem Hause ankomme. Nicht einmal zu den Versammlungen kämen sie, aber sobald das Wasser nicht mehr komme, seien sie am Telefon und würden sich beschweren, moniert sie. Rodríguez führt diesen Umstand darauf zurück, dass ihr *acueducto* in einem reichen Stadtteil angesiedelt ist. Sie sagt damit implizit aus, dass es einen entscheidenden Mentalitätsunterschied gibt, der dazu führt, dass die Partizipation in ärmeren Stadtteilen höher ist. Über die Gründe kann allenfalls spekuliert werden. Nahe liegt die Vermutung, dass der Unterschied zumindest teilweise in den verschiedenen Sichtweisen auf die Frage begründet ist, ob die eigene Arbeit notwendig ist, um die konkreten Dinge des alltäglichen Lebens bereitzustellen, oder ob dafür auf Dienstleistungen anderer gesetzt wird.

Otálora Gómez et al. (2013: 64) verorten die *acueductos* jenseits des Staates, was aber nicht bedeute, dass von den Regelungen des Staates abgewichen werde, sondern, dass diese Regelungen sehr weit entfernt von den eigenen Realitäten und nicht gewollt seien. Roa García et al. (2015: 68) grenzen die *acueductos* in eine andere Richtung ab, nämlich indem sie davon ausgehen, dass die Selbstorganisation sich nicht der Marktlogik unterwirft, sondern eigene soziale Ziele verfolgt. Diese beiden Bezüge machen deutlich, worum es bei der Selbstorganisation der *acueductos* auch geht, nämlich um die Möglichkeit, über die eigenen Handlungen selbst bestimmen zu können, um Autonomie insbesondere dem Staat und dem Markt gegenüber. Nichtsdestotrotz wird deutlich, dass sich die *acueductos* nicht so sehr aktiv gegen den Staat an sich stellen als vielmehr Missstände benennen und konstruktiv für Verbesserungen kämpfen (siehe 9.3.4). Auch

müssen die *acueductos* Gehälter und Abgaben zahlen und sich refinanzieren und können folglich nicht gänzlich außerhalb der Marktlogik stehen, auch wenn diese in ihren Organisationsformen nicht dominant zu sein scheint.¹⁷

9.4.3 Freiwilligkeit und Bedürfnisorientierung

Die Frage, ob die *acueductos* und die diese konstituierenden Praktiken primär durch Freiwilligkeit geprägt sind, berührt eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte. Quintana Ramírez (2010: 169) untersuchte unter anderem ein *acueducto* in Dosquebradas, wo ihr zufolge wichtige Aufgaben, zum Beispiel der Aufbau und der Erhalt der Infrastruktur, durch gemeinsame Arbeitseinsätzen erfüllt würden. »Niemand bekommt einen Lohn oder eine monetäre Gegenleistung für ihre Arbeit im convite, denn ihre Hilfe wird im Nachhinein durch die Leistungen, die das Wasserbewirtschaftungssystem hervorbringt, entschädigt« (ebd.; Übers. J. E.). Diese gemeinsame Arbeit sei freiwillig und zum Zwecke des kollektiven Wohls, schreibt sie. Diese Erzählung scheint insbesondere auf die Vergangenheit sowie auf ländliche Gebieten zuzutreffen. Croteau (2016: 11) führt entsprechend den Ursprung vieler *acueductos* auf rurale Gemeinschaften, die von der staatlichen Wasserbewirtschaftung abgeschnitten waren, zurück. Diese Gemeinschaften hätten diese Leerstelle genutzt, die Dinge, häufig mit finanzieller Unterstützung des Staates, in ihre eigenen Hände genommen und eigene Bewirtschaftungssysteme geschaffen.

Einige der ländlichen Einstellungen und Praktiken leben auch in gegenwärtigen urbanen *acueductos* fort. Castrillon erzählt von seinem *acueducto*, dass der Großteil des Vorstands kein Geld bekomme und dass grundsätzlich ohne Gewinnabsicht gewirtschaftet werde. Das einzige Geld, das er ausgezahlt bekomme, seien Transportkosten, die zum Beispiel anfielen, wenn er Dokumente bei der Handelskammer einreichen müsse. Die Arbeit in den *acueductos* unterscheidet sich also eindeutig von gewöhnlicher Lohnarbeit. Als Motivation für die tägliche Arbeit führt Castrillon entsprechend nicht die Bezahlung an. »Wir wollen jeden Tag lernen, wie mit dem Wasser umgegangen werden kann, was wir dem Wasser geben können, wie wir keines verschwenden, wie wir uns besser um das Wasser kümmern können.« Außerdem helfe diese Arbeit, Ärger loszulassen und zufrieden zu bleiben. Tage, an denen er nicht zur Quelle gehe, seien langweilige Tage, meint er und führt aus:

»Die Quelle braucht mich, sie muss mich sehen. Und auch ich brauche die Quelle. Ich brauche die Quelle, dass sie mit mir spricht. Ich spreche mit ihr. Das sind sehr schöne Dinge, die man lernt, Dinge, die einem niemand glaubt. Die Leute sagen: ›Das ist ein Verrückter, weil sie einen oft mit den Geräuschen der Quelle sprechend antreffen.«

Castrillon spricht von einem ganz besonderen Kontakt, den er zur Quelle habe und den man gedanklich nicht verstehen, sondern nur erfühlen könne.

Einen Kontrast zu diesem, im Grunde spirituell anmutenden Verständnis der eigenen Arbeit des in seinem *acueducto* sehr engagierten Castrillon bilden die Ausführungen

17 Eine mögliche Ausnahme, die es aufgrund des starken Dienstleistungscharakters zu prüfen gälte, ist das *Acueducto La Acuarela* in San Cristóbal.

des nicht minder umtriebigen Gil Ospina. Er berichtet, dass in der Anfangszeit seines *acueductos* noch in großem Stile gemeinsam gearbeitet worden sei. Heute sei dies nicht mehr der Fall, heute gehe das Engagement über die Kontrolle und gegebenenfalls die bewusste Nutzung des Wassers – weniger Konsum, um weniger verschmutztes Wasser in die Seen und Flüsse einzuleiten – kaum hinaus. So scheint es also – und dies deckt sich mit weiteren Beobachtungen und Erzählungen, zum Beispiel von Rodríguez und Palacio –, dass einzelne Menschen sich sehr der Sache der *acueductos* verschreiben, die große Masse der Mitglieder jedoch recht passiv bleibt. In außergewöhnlichen Situationen, etwa bei einem großen Wasserrohrbruch, würden die Mitglieder indessen sehr wohl zu Hilfe eilen, berichtet Valencia.

Roa García et al. (2015: 73) schreiben zum Thema »freiwillige Führung« (*liderazgo voluntario*), wie sie es nennen, dass diese einerseits eine der Stärken der *acueductos* sei; andererseits werde sie immer seltener, wenngleich sie teilweise notwendig sei ob der prekären finanziellen Lage. *Acueductos* seien gewissermaßen auf ihren Vorstand angewiesen und könnten gegen diesen aus Mangel an Alternativen auch im Konfliktfall nicht viel ausrichten.

»Die Abhängigkeit vom freiwilligen Management ist hoch, aber auch die Vulnerabilität, denn die Knappheit macht die Arbeit, die von der Führung geleistet wird, unsichtbar. In der Folge sind die Anreize, diese Arbeit freiwillig zu leisten, gering, und dies führt zur Abschreckung jener Personen, die über zeitliche Kapazitäten verfügen und meinen, diesen Posten einnehmen zu können« (ebd.; Übers. J. E.).

Es wird also deutlich, dass diese Freiwilligkeit unter heutigen Bedingungen offenbar nicht nur gefährdet ist, sondern unter Umständen auch problematische Blüten tragen kann. Zusätzlich stellt sich die Frage, auf wie viel Freiwilligkeit die *acueductos* tatsächlich basieren angesichts der Tatsache, dass es in vielen Zonen keine Möglichkeiten gab, sich anderweitig mit Wasser beliefern zu lassen, was auch Rodríguez im Interview betont. Sie sagt, man sei schlicht gezwungen gewesen, sich selbst zu organisieren.

Dass es aber noch heute viele *acueductos* gibt, auch vor dem Hintergrund der inzwischen vielfach existenten Option der Fremdversorgung, ist nicht nur ein Zeichen für die große Wertschätzung, die diesen entgegengebracht wird, sondern auch für ein gewisses Maß an Freiwilligkeit.¹⁸ Dabei ging und geht es in *acueductos* letztlich immer um die unmittelbare Befriedigung von Bedürfnissen. Arenas (2017: 38) sieht die Gründe für den Aufbau eines *acueducto* durch eine »Gruppe von Nachbarinnen und Nachbarn« in einem gemeinsamen Zweck: »Wasser in ihren Häusern zu haben.« Auch Salazar Restrepo (2011a: 10) führt die gemeinsame Wasserbewirtschaftung letztlich als Antwort auf ein wahrgenommenes Bedürfnis an. Der Umstand, dass *acueductos* nicht profitorientiert wirtschaften und in vielen Fällen nicht einmal die Arbeit entlohnt wird, lässt die Bedürfnisbefriedigung tatsächlich als primäres Ziel erscheinen.

18 Auch gewisse Pfadabhängigkeiten können diesbezüglich eine Rolle spielen.

9.4.4 Versorgung als (Re)Produsage

Die Praktiken, die innerhalb der *acueductos* maßgeblich sind, umfassen sehr unterschiedliche Bereiche. Salazar (2017c: 8) schreibt, dass die *acueductos* sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gegenden, unabhängig von den geografischen Bedingungen und den kulturellen Umständen, als Organisationsformen des Gemeinsamen zum Zwecke der Pflege, Verteilung und Nutzung bestehen und sich dem Verschwinden widersetzen. Aus den Nutzungs- und Pflegetätigkeiten leiteten die Menschen der *acueductos* ihren Anspruch auf Wasser in Form eines Rechts auf Wasser ab, meint Salazar im Interview. Dazu gehöre letztlich auch das Recht auf Selbstorganisation, also zum Beispiel die relevanten Entscheidungen zu treffen und die Wasserpreise festzusetzen. In diesem Abschnitt geht es um die Produktions-, Nutzungs- und Reproduktionstätigkeiten innerhalb der *acueductos* und um die Frage, ob jene erstens jeweils vorkommen und zweitens so sehr miteinander verbunden sind, dass sie als Versorgungstätigkeiten (im Sinne der unter 2.6.2 entwickelten Begriffsbestimmung von (Re)Produsage) gelten können.

Rodriguez macht deutlich, dass die Nutzerinnen nicht für das Wasser an sich zahlen, sondern dafür, dass Wasser aus der Leitung kommt, wenn man den Hahn aufdreht. Damit richtet sie sich gegen das immer wieder geäußerte Argument gegen Gebühren, dass das Wasser doch ein Geschenk der Natur sei und daher umsonst zu haben sein müsse. Es erklärt sich von selbst, dass die *acueductos* das Wasser nicht selbst herstellen, wohl aber die Infrastruktur bereitstellen, die Anschlüsse legen, das Wasser aufbereiten und verteilen und für die Verwaltung verantwortlich sind. Valencia berichtet, dass in ihrer Gegend fortwährend neue Häuser gebaut würden und somit ihr *acueducto* gezwungen sei, zu wachsen und neue Wasserquellen zu erschließen. Auch dieser Umstand zeigt, dass *acueductos* auch jenseits der Produktion von Dienstleistungen und der Gestaltung nachbarschaftlicher Beziehungen (Salazar 2017a: 24) als produktive Organisationen gelten können.

Dass es bei den *acueductos* zuvorderst um die Nutzung geht, sollte im Verlauf dieses Kapitels bereits deutlich geworden sein. Über die reine Konsumhaltung hinaus spielen die Nutzungsformen in den *acueductos* mitunter eine große Rolle. Ein wichtiger Hinweis darauf ist die, unter anderem von Valencia angesprochene Bewusstheit vieler Nutzerinnen, dass im Sinne der Nachhaltigkeit vorsichtig mit dem Wasser umgegangen werden müsse. Dieses Bewusstsein ist sicherlich nicht allorts zu finden, aber es zeigt sich nicht zuletzt in den zahlreichen Aufklärungs- und Schulungskampagnen, die von den *acueductos* ausgehen. Eine weitere Dimension sprechen Roa García et al. (2015: 68) an, wenn sie schreiben, dass die Konsumentinnen auch Kontrolle über die Bereitstellung des Wassers hätten. Damit spielen sie auf den Umstand an, dass die wichtigsten Entscheidungen in *acueductos* von den Mitgliedern, also den Konsumentinnen, selbst getroffen werden. Zwar entscheidet der Vorstand vieles im Tagesgeschäft, die letzte Instanz, insbesondere für Grundsatzentscheidungen, bleibt allerdings die Mitgliederversammlung.

Diese Ausführungen sprechen nicht nur dafür, dass es in den *acueductos* klare Nutzungstätigkeiten gibt, sondern auch dafür, dass die Nutzung eine enge Verbindung mit der Produktion hat. In diesem Sinne gehen Otálora Gómez et al. (2013: 66) davon aus,

dass in den *acueductos* eine unmittelbare Verbindung der Menschen zu der Organisation, die das Wasser verteilt, besteht. Darüber hinaus sprechen sie von einer direkten Beziehung zu den Wasserquellen. »Will sagen, die Gemeinschaft, die das *acueducto* begründet, weiß immer Bescheid über die Themen, die mit dem Wasser verbunden sind, da von ihnen unter anderem ihre Gewohnheiten, die Gesundheit und das Leben abhängen« (ebd.; Übers. J. E.). Dies sei anders im Falle großer Wirtschaftsunternehmen, in denen lediglich die Organisation bekannt sei und kein Bezug zur Herkunft des Wassers bestehe (ebd.). Es werde lediglich der Betrag überwiesen, der auf der Rechnung steht (ebd.).

Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielt, ist das ökologische Engagement der *acueductos*.¹⁹ So führt Márquez Valderrama (2011: 6) beispielsweise aus, dass die *acueductos* Flüsse und Quellen schützen, die Zugangsrechte verwalten und das Wasser ökologisch verantwortungsvoll bewirtschaften würden. In der Begründung für das *ley propia* heißt es:

»Die Konstruktion der Systeme, die das Wasser zu den Wohnungen befördern, entstammt einem von Generation zu Generation vererbten Wissen, uralten Kenntnissen und Praktiken, die es aus der Erfahrung heraus geschafft haben, die Rhythmen und Veränderungen des Wassers und seines Ökosystems zu kennen und zu handeln« (Salazar Restrepo et al. 2017: 24; Übers. J. E.).

Dieses Verständnis macht deutlich, dass in den *acueductos* nicht nur ein großes Erbe vorhanden ist, sondern mitunter auch aus einer tiefen Verbundenheit mit dem Wasser heraus gehandelt wird. Dazu gehört nicht nur ein bestimmter Umgang mit dem Wasser selbst, sondern auch, sich um die Bedingungen zu kümmern. Die Fürsorge für das Wasser bezeichnet Salazar im Interview als die vielleicht schönste Praktik der *acueductos*.

In vielen *acueductos* gibt es eigene Umweltkomitees, die sich unter anderem darum kümmern, dass Bäume gepflanzt werden. Im Falle von Sánchez Velásquez geschieht dies auf städtischem Land, im Falle von Valencia hat das *acueducto* die Ländereien selbst gekauft.²⁰ Die Aufforstung geschieht häufig durch freiwillige Aktionen der Mitglieder und dient dem Erhalt der Qualität und Quantität des Wassers im Einzugsgebiet. Insbesondere die kommerzielle landwirtschaftliche Landnutzung wird immer wieder als

19 Auch im Bildungsbereich engagieren sich einzelne *acueductos*, dabei geht es primär um Themen rund ums Wasser. Ein besonderes Projekt plant Valencia, die mit ihrem *acueducto* ein Wochenendhaus gekauft hat, in dem ein Wassermuseum entstehen soll. Dort sollen Kinder auf eine lebendige Weise lernen, wie die Wasserbewirtschaftung funktioniert, also wie Rohrsysteme auf Basis der Schwerkraft arbeiten, wie eine Pumpe aufgebaut ist, wie Wasser aufbereitet wird. Es gehe darum, zu vermitteln, so Valencia, dass das Wasser nicht einfach so aus dem Wasserhahn kommt, nicht durch den ›heiligen Geist‹ erscheint. Auch will sie darüber aufklären, welche technischen, politischen und internen Schwierigkeiten ihre Gemeinschaft im Laufe der Jahre zu meistern hatte. Ihr geht es also darum, Bewusstsein für die Herausforderungen und Möglichkeiten selbstorganisierter Wasserbewirtschaftung zu schaffen.

20 Auf der Mitgliederversammlung der *Asociación de los Acueductos Comunitarios del Municipio de Envigado* wurde deutlich, dass der Kauf von Land zum Zwecke des Wasser- oder Waldschutzes keine Ausnahme ist. Die Gründe für einige *acueductos*, dies nicht zu tun, sind rein finanzieller Natur.

Gefahr für die Wasserqualität angeführt, aber auch die voranschreitende Bodenerosion problematisiert. Valencia betont im Gespräch, dass mit der Aufforstung keine wirtschaftlichen Interessen verbunden seien. Stattdessen gehe es um den Schutz des Waldes, für den inzwischen die technischen Angestellten des *acueductos* verantwortlich seien. Dieser letztgenannte Aspekt, also letztlich die Übernahme von Gehaltskosten vonseiten der Mitglieder, zeigt, dass der Umweltschutz als integraler Bestandteil der Aufgaben des *acueducto* gilt.

Die Beschreibung in der *ley propia* fasst die unterschiedlichen angesprochenen Aspekte gut zusammen:

»Als gemeinschaftliches Wassermanagement werden die nicht gewinnorientierten Aktivitäten, die auf den Erhalt, den Schutz, die Wiederherstellung und die nachhaltige Nutzung der Landschaft zum Wasserauffangen und -verteilen sowie auf das Aufrechterhalten der Infrastruktur sowie der gemeinschaftlichen Organisationssysteme abzielen, bezeichnet« (Salazar Restrepo 2017: 58; Übers. J. E.).

In diesem Abschnitt wird deutlich, dass es in den *acueductos* sowohl um die Produktion als auch um die Nutzung und die Reproduktion geht. Es ist ebenfalls greifbar geworden, dass diese drei Sphären innerhalb der *acueductos* nicht getrennt, sondern fundamental miteinander verbunden sind. Der Aufbau und Erhalt der Infrastruktur gehören ebenso dazu wie das gemeinsame Management durch die Mitglieder, die dadurch Produzentinnen und Konsumentinnen zugleich sind, wie auch der Schutz der Ökosysteme und Wassereinzugsgebiete. Dies ist in den verschiedenen *acueductos* unterschiedlich ausgeprägt, und mitunter verschwinden auch einzelne Aspekte weitgehend, dennoch lässt sich die generelle Tendenz feststellen, dass die *acueductos* in entscheidender Weise durch Versorgungstätigkeiten getragen werden.

9.4.5 Peerismus und Inklusivität

In der Begründung der *ley propia* wird für den Punkt der Inklusivität aus einer normativen Warte heraus argumentiert. Es wird darauf hingewiesen, dass »das Wasser, die Betriebsanlagen und die Dienstleistungen für alle zugänglich sein sollten, inklusive der vulnerablen und marginalisierten Gruppen, und dass sie die Diskriminierung auf Grundlage geschlechtlicher, sozialer, ökonomischer usw. Bedingungen verbieten« (Salazar Restrepo et al. 2017: 21; Übers. J. E.). Auch Arenas (2017: 39; Übers. J. E.) argumentiert in eine ähnliche Richtung und spricht bezogen auf die *acueductos* von einer »Multikulturalität, welche die Inklusion der unterschiedlichen in der Bevölkerung existierenden ethnischen und kulturellen Gruppen und den Respekt für die Unterschiede der Formen des Seins und Tuns ermöglicht«. Anhand eines Beispiels in Bello Oriente verdeutlicht López (2016) diesen Punkt. Sie schreibt von einem *acueducto*, aus dem niemand ausgeschlossen werde (ebd.: 171). Dies habe dazu geführt, dass ein starker gemeinschaftlicher Zusammenhalt entstanden sei (ebd.). Die Basis dafür sei, dass alle Neuankömmlinge an das Wassernetz angeschlossen und je nach ihrer Zahlungsfähigkeit beitragen würden (ebd.). Ganz anders sehe es aus, wenn es starre Bezahlssysteme gebe, die letztlich nur die Exklusionen und Marginalisierungen verstärken würden, denen die Menschen vor Ort ohnehin ausgesetzt seien (ebd.).

Auch Valencia stellt ihr *acueducto* im Interview als sehr inklusiv dar. Für die Aufnahme sei es egal, ob es sich um eine arme oder reiche Person handle oder sogar um ein großes Unternehmen. Alles, was man brauche, sei ein Haus, das Land dazu und einen Eigentumsbeleg. Dann werde Wasser geliefert und alle würden gleich behandelt. Zu bedenken ist jedoch, dass diese Gleichbehandlung, auch wenn sie eben niemanden aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit ausschließt, so lange nur begrenzt (prinzipiell) inklusiv ist, wie sie die ökonomisch ungleichen Voraussetzungen unberücksichtigt lässt.²¹ Alle Mitglieder müssen beispielsweise die angesetzten Wasserpreise zahlen. Dass dieses Vorgehen bisweilen aus ökonomischer Notwendigkeit heraus entsteht, macht Gil Ospina deutlich. Er argumentiert, in diesem Falle bezogen auf die Bezahlung der Wasserrechnungen, dass es nicht möglich sei, eine adäquate Dienstleistung zu erbringen, wenn die Menschen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkämen. Die aufgebauten finanziellen Hürden stellen, so verständlich sie auch sein mögen, de facto die Inklusivität infrage und lassen lediglich einen Verweis auf die unter 2.6.5 begründete prinzipielle Inklusivität zu. Demnach ist die Inklusivität als Grundlogik und unter Umständen als Haltung zwar vorhanden, nicht jedoch in jedem Einzelfall zu finden und zur Gänze gelebt. Diese Diskrepanz kann unterschiedlich begründet sein, in diesem Falle scheint der Refinanzierungszwang ursächlich.

Die Inklusivität ist eng mit dem Prinzip des Peerismus verbunden, also der gelebten Praxis, andere Menschen als ebenbürtig zu betrachten. Gil Ospina bezeichnet sich selbst in seiner Vorstandstätigkeit als sehr nahbar – eine Beschreibung, die auf viele Vorstandsmitglieder zuzutreffen scheint – und kontrastiert dies mit dem Management von EPM, das nur zu den Reichen ein gutes Verhältnis pflege. Die Nichtdiskriminierung aufgrund bestimmter Gruppenzugehörigkeiten ist ein weiterer wichtiger Faktor, und generell wird das gemeinsame Tun in *acueductos* als von gegenseitiger Hilfe, Kooperation und Solidarität bestimmt (López 2016: 176) bezeichnet. Palacio nennt als Vorteil der gemeinsamen Arbeit, dass man sich gegenseitig kennt und hilft. Dies beschreibt ein Verhältnis, das nicht nur zwischen den Menschen, sondern auch zwischen den *acueductos* vorherrschend zu sein scheint. So berichtet eine Teilnehmerin eines vom RNAC organisierten Forums, »Ley Propia«, dass in Notfällen auch die Klempnerinnen des einen *acueducto* zum anderen geschickt werden, um zu helfen. Auf der Mitgliederversammlung der *Asociación de los Acueductos Comunitarios del Municipio de Envigado* (Vereinigung der gemeinschaftlichen Wasserversorgungssysteme der Gemeinde Envigado), einer regionalen Metaorganisation, ließ sich außerdem beobachten, dass die *acueductos* sich über ihre jeweiligen Probleme austauschten und gemeinsam nach Lösungen suchten. Insgesamt scheint also der Peerismus innerhalb und zwischen den *acueductos* weitgehend gegeben zu sein.

9.4.6 Vermittlung

Der letzte Aspekt, den es zu beleuchten gilt, ist die Vermittlung, also die internen und externen Beziehungen. Zu den internen Beziehungen ist bereits einiges gesagt, letztlich

21 Weiter gedacht hieße dies, dass für eine wirkliche Inklusivität bisweilen positive Diskriminierung vonnöten sein könnte.

entsteht durch die Praktiken innerhalb der *acueductos* ein gemeinschaftliches soziales Gewebe (Gil Ospina), das sich von den gängigen Formen maßgeblich unterscheidet. Gleichsam sind diese Praktiken mit dem Außen vermittelt. Arenas (2017: 39; Übers. J. E.) schreibt über die Außenbeziehungen der *acueductos* Folgendes:

»Das sind die Verbindungen, die sich mit ähnlichen Organisationen etablieren, mit denen durch Beratung, Begleitung sowie Erfahrungs- und Wissensaustausch Aktivitäten hervorgebracht werden können, die die Stärkung der gemeinschaftlichen Organisationen und ein größeres und gefestigteres Fundament oder Gewebe sicherstellen. Mittels der Allianz mit anderen *acueductos comunitarios*, Vereinigungen, Netzwerken, Nicht-regierungsorganisationen, nationalen und internationalen Organisationen, Bewegungen usw. werden, basierend auf dem Respekt und der Autonomie, Strategien zur Verteidigung des gemeinschaftlichen Managements und zum Schutz der Ländereien und des Wassers vorangebracht zum Zwecke der Erschaffung solidarischer Wirtschaftsformen, die es erlauben, die Systeme und Organisationen, die partizipative Demokratie, die Verteidigung der individuellen und kollektiven Rechte und der gemeinschaftlichen Initiativen zu verbessern und zu stärken.«

Wie sich diese starken Worte in der Realität darstellen, lässt sich anhand der Erfahrungen des Dachverbandes *Agua Viva* zumindest in einigen Facetten erkennen. Über die unter 9.3.3 bereits beschriebenen Elemente hinaus führt Giraldo Sánchez zwei weitere Aspekte an. Zum einen sei es mitunter so, dass bestimmte *acueductos* auf der technischen und operativen Ebene mehr Unterstützung benötigen als andere, schon allein weil sie unterschiedlich groß seien. Die mitgliederstärkeren *acueductos* seien aufgrund ihrer besseren finanziellen Ausstattung sehr großzügig, wenn es darum gehe, die kleineren zu unterstützen. Darüber hinaus war es Giraldo Sánchez wichtig, zu betonen, dass es jedem *acueducto* jederzeit freistehe, die Assoziation zu verlassen – schließlich sei und bleibe es ein freier Zusammenschluss. Auch seien die *acueductos* grundsätzlich weitestgehend autonom in ihren Entscheidungen, zum Beispiel darüber, wer welche Posten bekleide oder ob bezahltes Personal benötigt werde. Nur Entscheidungen, die alle *acueductos* betreffen, würden laut der Geschäftsführerin von *Agua Viva* auch gemeinsam getroffen. Dies spricht für eine konsequente Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.

Wie bereits angeklungen (siehe 9.3.3) gibt es mehrere Ebenen, auf denen sich *acueductos* zusammenschließen. Claudia Cadavid unterscheidet zwischen vier Ebenen: 1. die lokale Ebene, auf der die *acueductos* selbst aktiv sind; 2. die Gemeindeebene (*municipio*), auf der kleinere Metaorganisationen wie *Agua Viva* zu finden sind; 3. die bundesstaatliche Ebene (*departamento*), auf der zum Beispiel die *Asociación Departamental de Acueductos Comunitarios de Antioquia* (Bundesstaatliche Vereinigung der gemeinschaftlichen Wasserversorgungssysteme aus Antioquia; kurz: ADACA) angesiedelt ist; 4. die nationale Ebene, auf der sich das RNAC bewegt. Gil Ospina berichtet im Interview, dass sein *acueducto* auf der Gemeindeebene mit sechzig anderen *acueductos* insbesondere über soziale Medien vernetzt sei und dass sie sich regelmäßig treffen würden. Die übergreifenden Entscheidungen würden allerdings auf höheren Ebenen getroffen, die wichtigsten im RNAC. Bélanger Dumontier et al. (2014: 11) führen die Existenz derartiger Zusammenschlüsse unter anderem auf den steigenden politischen Druck, dem die *acueductos* in den vergangenen Jahrzehnten ausgesetzt waren, zurück. Die *acueductos*

könnten so beispielsweise besser lernen, sich an die sich verändernden juristischen und regulatorischen Rahmenbedingungen anzupassen (ebd.). Gleichzeitig bieten die Metaorganisationen bessere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme bis hinauf auf die nationale Ebene, wie Croteau (2016: 34f.) anmerkt.

Die *acueductos* befinden sich jedoch nicht nur mit anderen *acueductos* und den ihnen übergeordneten Assoziationen in einem Vermittlungszusammenhang, und sie empfangen äußere Bedingungen auch nicht nur auf passive Weise. Ihre Aktivitäten strahlen auch auf weitere Teile der Gesellschaft aus und tragen zu deren Gestaltung bei. Giraldo Sánchez bescheinigt ihrer eigenen Organisation, apolitisch im Sinne der Parteipolitik zu sein und dennoch über einen gewissen politischen Einfluss zu verfügen. So sitzt *Agua Viva* in verschiedenen regionalpolitischen Komitees, zum Beispiel zur Sozialpolitik, zur ländlichen Entwicklung und zum Umweltschutz. Man werde als aktive politische Kraft wahrgenommen, meint Giraldo Sánchez. Diesen Einfluss hätten sie allerdings nur, weil sich einige *acueductos* zusammengeschlossen haben und sich aktiv in die Belange der Region einbringen.

9.5 Einbettung der *acueductos comunitarios*

9.5.1 Einfluss des Umfelds

Die sozialen Praktiken der *acueductos* befinden sich nicht in einem isolierten Raum, in dem sie sich unabhängig entwickeln, sondern sind Teil eines gesellschaftlichen Gefüges und darin von ihrem unmittelbaren und auch dem entfernteren Umfeld beeinflusst. Dieser Umstand soll anhand einiger Punkte, die in den Interviews vorgebracht wurden, kurz illustriert werden. So sind *acueductos* eindeutig davon betroffen, wenn sich die Wassereinzugsgebiete verändern. Gil Ospina berichtet von dem qualitativ hochwertigen, aber nicht im Überfluss vorhandenen Wasser in seiner Region. Aufgrund intensiverer Landwirtschaft und allgemein dichter werdender Besiedlung habe die Wasserqualität in den vergangenen Jahren abgenommen, wodurch das *acueducto* nun gezwungen sei, das Wasser stärker zu behandeln. Wandeln sich also die Rahmenbedingungen, so müssen sich die Praktiken innerhalb der *acueductos* ebenfalls ändern. Auch reagieren die *acueductos* auf die jeweiligen Situationen und Missstände in ihren Stadtteilen, auch wenn diese nichts mit dem Wasser zu tun haben. So gibt es im *acueducto* von Rodriguez nicht nur ein Umweltkomitee, das versucht, den aus Sicht des *acueducto* unzureichenden städtischen Naturschutz im Stadtteil zu verbessern, sondern auch ein Sicherheitskomitee. Die daran Beteiligten trafen Absprachen mit der Polizei, holten Informationen zur Sicherheitslage und den Vorsorgemöglichkeiten ein und stellten Notrufsäulen auf. Durch die ländliche Lage sei es nicht einfach für die Polizei, für Schutz zu sorgen, sagt Rodriguez, und so kümmere sich das *acueducto* eben selbst darum.

Ein Phänomen, das seinen Ursprung, zumindest teilweise, in einem generellen gesellschaftlichen Wandel haben dürfte, ist die Veränderung der Partizipationsbereitschaft innerhalb der *acueductos*. Giraldo Vélez und Villada (2011) beklagen die geringe Beteiligung und beschreiben ihre darin begründete Skepsis und Ermüdung. »In vielen Regionen machen wir uns Sorgen über den Verlust von sozialen Bindungen, die

territoriale Entwurzelung und den Verlust des Zugehörigkeitsgefühls« (ebd.: 5; Übers. J. E.). Als Gründe führen sie dabei auch schlecht laufende *acueductos* sowie die damit verbundenen, von ihnen nicht näher ausgeführten Risiken an. Sie machen dafür unter anderem Wasserprojekte verantwortlich, die die Bedürfnisse der Beteiligten nicht einbezögen und stattdessen als aufgezwungen wahrgenommen würden, was nicht zuletzt dazu führe, dass die Menschen den Sinn für den Schutz der Ökosysteme verlieren würden.

Auch Castrillon beklagt die geringer werdende Beteiligung innerhalb der *acueductos*, sieht allerdings andere Gründe dafür.

Castrillon: »Als ich in dem Stadtteil ankam, waren die gemeinschaftlichen Arbeiten häufig. Man kam und nahm sich ein Megaphon und sagte [...], dass es an jener Stelle etwas zu tun gibt. Und sonntags in der Morgendämmerung waren alle mit ihren Schaufeln und Pickeln da, um die Arbeit zu machen. Die Jugendlichen heutzutage schließen sich so etwas nicht an, würde ich sagen.«

Euler: »Wieso?«

Castrillon: »Sie mögen es nicht.«

Euler: »Wieso?«

Castrillon: »Sie mögen es nicht, weil sie sagen, dass alles bezahlt sein muss. Sie sagen, heutzutage geht es um den Wert, um das Geld.«

Castrillon erzählt, die meisten Alten seien Analphabeten, hätten sich irgendwie durchgeschlagen und für jeden Behördengang jemanden um Hilfe bitten müssen. Die Jungen seien besser ausgebildet, aber ihnen sei die gemeinschaftliche Arbeit nicht mehr so wichtig. An dieser Stelle wird deutlich, wie innerhalb der *acueductos* verbesserte Voraussetzungen, in diesem Fall durch einen höheren Bildungsgrad, durch Veränderungen in der verbreiteten Kultur, hier die Aufwertung bezahlter gegenüber gemeinschaftlicher Arbeit, überlagert werden können. Die *acueductos* befinden sich in einem marktwirtschaftlichen Kontext, mit dem sie, trotz ihrer marginalisierten und alternativen Organisationsform, interagieren (Roa García et al. 2015: 54, 68). Die angesprochenen kulturellen Veränderungen legen die Vermutung nahe, dass die gesellschaftlich stattfindende Ausbreitung der Marktlogik (siehe 9.2.2) eine Verringerung der Bedeutung der Commons- und Gemeinschaftslogik nach sich zieht.

9.5.2 Beziehung zwischen den *acueductos comunitarios* und EPM

Der größte Akteur der Wasserwirtschaft Medellíns ist eindeutig EPM. Das Unternehmen engagiert sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Stadt in großem Stil, ist Haupteigner einiger anderer Unternehmen; es verfügt Salazar zufolge somit aufgrund seiner generellen Bedeutsamkeit für die Stadt sowohl über die ökonomische als auch über die politische Macht, die Geschicke Medellíns entscheidend mitzugestalten. Die Beziehung mit den *acueductos* beschreibt Salazar als eine, die weder durch Freundschaft noch durch Nähe geprägt sei. Die Mehrzahl der *acueductos* bestehe auf das Recht, die Wasserbewirtschaftung in ihrer Gegend zu managen, und EPM sei somit schlicht ein über große technische und finanzielle Möglichkeiten verfügender Konkurrent. Die *acueductos* fürchten auch, dass die Expansionsstrategie von EPM früher oder später zu ei-

ner handfesten Bedrohung werden könnte (siehe 9.6.2). Aus dieser Warte betrachtet, ist es wenig überraschend, dass große Bauprojekte, zum Beispiel Staudämme, von den *acueductos* kritisch gesehen werden (Giraldo Vélez/Villada 2011: 4). Valencia würde am liebsten gar keine Beziehung zu EPM unterhalten. Ihr zufolge sind die *acueductos* daran gewöhnt, gutes Wasser zu haben, und könnten sich gut selbst um ihre Angelegenheiten kümmern. Es brauche in ihrer Gegend also EPM nicht.

Die Realität stellt sich mancherorts allerdings etwas anders dar. So erzählt Gil Ospina beispielsweise, dass EPM sein *acueducto* unter anderem durch technische Expertise zum Waldschutz und zur Aufforstung oder beim Thema Wasserqualität unterstützt. Ähnlich berichtet López Rivera (2015: 175) von der Unterstützung bei der Ausbildung von Klempnerinnen, und Palacio charakterisiert die Beziehung ihres *acueductos* mit EPM als eine gute.

»Vor ungefähr zwei Jahren, oder eineinhalb oder so, hatten wir einen so kräftigen Sommer, wie uns noch nie zuvor einer heimgesucht hatte. Und wir mussten das Wasser rationieren. Am Morgen, am Abend, in der Nacht. Also habe ich mit EPM gesprochen und sie haben uns Wasser zum Festpreis verkauft. Sie haben eine Verbindungsleitung gelegt und sie mit unseren Rohren und einem Wasserzähler verbunden« (Palacio).

Insgesamt scheint es sich also bei der Beziehung zwischen den *acueductos* und EPM um eine auf einer grundlegenden Konkurrenz basierende Mischbeziehung zu handeln. Dass dies für die *acueductos* und ihre Mitglieder nicht nur nachteilig sein muss, zeigt Gil Ospina auf, der gemeinsam mit der Lokalregierung und EPM daran arbeitet, die Abwasserentsorgung der Region zu verbessern. So würden zum Beispiel Klärgruben gebaut, damit das Wasser der Flüsse nicht kontaminiert werde. Gleichzeitig führe die Konkurrenzsituation laut Gil Ospina dazu, dass die *acueductos* angehalten seien, hochqualitative Leistungen an den Tag zu legen, da sich die Menschen andernfalls einfach EPM zuwenden würden.

9.5.3 Beziehung zwischen den *acueductos* comunitarios und staatlichen Stellen

Nachdem es im letzten Abschnitt um das sich zwar in Staatseigentum befindliche, letztlich aber eher der Marktlogik zurechenbare städtische Unternehmen EPM ging, soll nun der Fokus auf den Einfluss der unterschiedlichen staatlichen Stellen gelegt werden. Interessant ist, dass der Staat vielen *acueductos* sozusagen als Geburtshelfer gedient hat. »Most *acueductos* comunitarios came to life with the initial public investment in rural water infrastructure that followed, and from then on communities took on their maintenance with scant or no support from the state« (Bélanger Dumontier et al. 2014: 10). In dieser Anfangsphase sei, so Salazar (2017a: 24), zufolge, den *acueductos* bezogen auf die Art der Bewirtschaftung in der Regel weitgehend freie Hand gelassen worden. Sie seien also nicht dazu genötigt worden, besondere Anforderungen, zum Beispiel an die Finanzplanung oder die Refinanzierung, zu erfüllen. Wie es zu solchen Gründungen kam, lässt sich exemplarisch anhand der Geschichte des *Acueducto Loma de las Brujas* aufzeigen. Dabei handelt es sich um einen Einzelfall, es gibt so viele unterschiedliche Gründungsgeschichten, wie es *acueductos* gibt. Dennoch ist dieser Fall aufschlussreich.

Rodriguez erzählt im Interview, dass ihre und zehn weitere Familien das *acueducto* vor zwanzig Jahren aufgebaut haben. Eine Wasseraufbereitungsanlage habe es damals nicht gegeben und es sei niemand wegen verunreinigtem Wasser zu Schaden gekommen. Irgendwann sei allerdings ein Teil des Landes in der Gegend verkauft worden und die neuen Eigentümer hätten damit begonnen, auf diesem Land Pferde zu züchten. Die Chemikalien, mit denen die Pferde behandelt wurden, und der zum Düngen verwendete Mist hätten den Bach, aus dem die Menschen Wasser entnahmen, verunreinigt. Als einige Bewohnerinnen daraufhin krank wurden, baten sie den Bürgermeister um Hilfe. Dieser habe sie mit den Worten zurückgewiesen, dass sie reiche Familien seien und sich daher gut um sich selbst kümmern könnten. Er empfahl ihnen, einen Verein zu gründen, dann würde man ihnen mehr Gehör schenken, als wenn sie jeweils einzeln vorstellig würden. Daraufhin wurde das *acueducto* auch formal gegründet, und insgesamt 30 Familien hätten den Bau der Wassertanks und der Wasseraufbereitungsanlage aus eigener Tasche finanziert.

In dieser Geschichte ist der damalige Bürgermeister nicht unschuldig an der Gründung des *acueductos* – dies aber nicht wegen der von Bélanger Dumontier et al. angesprochenen Anschubfinanzierung. Interessant ist auch, dass in heutiger Zeit eher von der Bevorzugung reicher Stadtteile berichtet wird, wohingegen privates Vermögen im beschriebenen Fall als Grund für das Ausbleiben von Unterstützung genannt wurde. Gegenwärtig unterstützt die Stadtregierung das in einem reichen Stadtteil befindliche *acueducto* von Rodriguez darin, Bäume zu pflanzen. Castrillon hingegen beklagt, dass sein in einem armen Stadtteil angesiedeltes *acueducto* bei derartigen Aktivitäten keine Hilfe bekomme. Es zeigt sich, dass sich das Staatshandeln mit dem Zeitgeist und den Mehrheitsverhältnissen ändert, dass also alles andere als über Raum und Zeit hinweg einheitlich agiert wird. Darüber hinaus dient diese Gründungsgeschichte dem Verständnis der starken Verbundenheit vieler Menschen mit ihren *acueductos*. Bei einer derartigen Entstehungsgeschichte und dem damit verbundenen Gefühl des Auf-sich-allein-gestellt-Seins wird, selbst in einem in einer vergleichsweise privilegierten angesiedelten *acueducto* wie dem von Rodriguez, der emotionale Gehalt begreiflich. In *acueductos*, in denen auch die physische Arbeit von den Mitgliedern selbst geleistet wurde und wo die eingebrachten finanziellen Mittel große Opfer waren, ist diese Bindung umso mehr verständlich.

Ein weiterer in diesem Zusammenhang bedeutsamer Punkt ist der Umstand, dass der Staat in vielen Teilen des Landes wenig präsent ist. Fischer et al. (2017) gehen davon aus, dass dies auch heute noch der Fall ist und dass in dem vorhandenen Machtvakuum andere Gruppen die Funktionen des Staates übernehmen. Fischer et al. sprechen über bewaffnete Gruppen, also »Guerillaorganisationen, paramilitärische Gruppierungen, Mafiac lans und Jugendbanden« (ebd.: 9), aber auch die friedlich selbstorganisierten *acueductos* können grundsätzlich an dieser Stelle genannt werden.²² Die mangelnde Präsenz des Staates ist insbesondere in ländlichen Regionen fernab der Ballungsgebiete, aber auch in den periurbanen Peripherien zu beobachten. Auf diese Regionen hat

22 An dieser Stelle sei betont, dass die Tätigkeiten bewaffneter Gruppen, die hauptsächlich per Gewalt regieren, explizit nicht gemeint sind, wenn in der vorliegenden Arbeit über Selbstorganisation gesprochen wird.

der Staat mitunter nie einen veritablen Zugriff gehabt oder diesen verloren. Bezogen auf die *acueductos* kritisieren Roa García et al. (2015: 54), dass der Staat sich der Verantwortung, die er für die Versorgung der Bevölkerung trägt, entledigt habe. Einerseits profitieren die *acueductos* offenbar bisweilen von der Abwesenheit des Staates, andererseits werden sie mitunter durchaus vom Staat unterstützt, wie Palacio deutlich macht. Sie gibt an, ein gutes Verhältnis zur Lokalregierung zu pflegen:

»Es wird versucht, unsere Probleme zu lösen und uns zu helfen. [...] Der Bürgermeister setzt sich für das *acueducto* ein, redet mit den Menschen und versucht, ein Stück Land für eine neue Wasseraufbereitungsanlage zu beschaffen. Dies ist nicht leicht, da die Leute, mit denen er sprechen muss, komplizierte Menschen sind.«

Der Staat ist also keineswegs bloß abwesend und untätig, sondern mitunter durchaus hilfsbereit. Der Vollständigkeit halber muss an dieser Stelle allerdings hinzugefügt werden, dass das *acueducto* von Palacio – wie auch das von Rodríguez – sich in einem sehr reichen Stadtteil befindet und viele einflussreiche Menschen zu seinen Mitgliedern zählt. Ob der Staat in weniger privilegierten Stadtteilen ebenso engagiert unterstützt, darf bezweifelt werden.

Wie sich die Beziehungen zwischen *acueductos* und dem Staat entlang verschiedener Organisationsstrukturen unterscheiden können, zeigt das Beispiel *La Acuarela* in San Cristóbal. Das *acueducto* ist direkt der Gemeindeverwaltung unterstellt und fungiert als reine Dienstleistungsorganisation. Dieser Charakter macht sich auch im sehr serviceorientierten Auftreten der Vorsitzenden Sánchez Velásquez bemerkbar. Sie betont, dass ihre Organisation, wenn diese der Stadt nicht die geforderten Ergebnisse liefere, also nicht effizient wirtschaftete, leicht den Auftrag, die städtische Infrastruktur zu betreiben, verlieren könne. Größere Sorgen bereitet ihr allerdings die Möglichkeit, dass vonseiten der Politik angefangen werde könnte, mit dem *acueducto* Politik zu machen, also im Kampf um Posten und Stimmen auf die Ressourcen des *acueductos* zuzugreifen. Das *acueducto* stehe für Kontinuität, betont Sánchez Velásquez; wenn aber jemand in seiner vierjährigen Amtszeit mit den Rücklagen des *acueducto* eine »politische Party« veranstalten²³ würde, dann könne das *acueducto* dicht machen. Derartige Geschichten, also die Veruntreuung von Geldern für politische Kampagnen, unlautere Geschäfte oder die persönliche Bereicherung, seien in Kolumbien schon häufig passiert, berichtet sie. Insgesamt scheint eine große Nähe zu staatlichen Stellen – oder sogar, wie im Falls *La Acuarela*, eine organisatorische Abhängigkeit – tendenziell bedrohlich. Ein hohes Maß an Autonomie hingegen bietet eher Schutz vor ungewollten Einflüssen.²⁴

Auch bei teilweise weitreichender Autonomie bleiben die *acueductos* jedoch den Gesetzen und der Regulation des Staates unterworfen. Auch sehr kleine Akteurinnen der Wasserwirtschaft sind der Kontrolle und Aufsicht der Behörden unterworfen und müssen denselben Regeln folgen wie große Unternehmen, was die kleinen Betreiberinnen

23 Gemeint ist hier zum Beispiel die Nutzung der Gelder für politische Kampagnen oder Wahlkämpfe.
24 In diesem Sinne betont beispielsweise Valencia, wie wichtig es für sie und ihr *acueducto* sei, selbst Eigentümer des Flussbeckens zu sein. Dies schlage sich auch in der Qualität des Wassers nieder, weil so niemand das Wasser verschmutze, keine Tierhaltung, kein Ackerbau.

vor große Herausforderungen stellt (Moncada Mesa et al. 2013: 134). Palacio beispielsweise beschwert sich darüber, dass so viele Dinge von ihr verlangt würden und sie einen immensen bürokratischen Aufwand betreiben müsse, um alle Anforderungen zu erfüllen. John Jairo von *Agua Viva* beklagt auf dem Forum »Ley Propia«, dass die staatliche Regulation die *acueductos* lähme und diese daher teilweise gar ans Aufgeben dächten. Valencia sieht für sich selbst und ihr *acueducto* keinen Nutzen in der Regulierung und unterstellt den Behörden, dass es diesen lediglich ums Geld gehe. Schließlich müssten die *acueductos* nicht nur die Qualität des Wassers kontrollieren, eine bestimmte Form der Buchführung einhalten und immer wieder Bericht erstatten, sondern auch Abgaben abführen.

Ein weiteres großes Ärgernis aus Sicht der *acueductos* ist die von staatlicher Seite erzwungene Formalisierung und Registrierung sowie die daran geknüpfte Vergabe öffentlicher Mittel:

»A current requirement to receive government subsidies requires that entities operate as a registered concession and with a tariff system. This effectively means that these organizations – many of which have long provided effective service to users – are unable to receive governmental support« (Harris/Roa-García 2013: 25).

Beispielsweise müssen die Wassertarife nach den staatlich festgelegten *estratos* unterschieden werden und einem von der staatlichen Wasserregulierungskommission festgelegten System folgen (Roa-García/Pulido-Rozo 2015: 4).

Nach diesen Ausführungen ist ersichtlich, warum Salazar den Staat, insbesondere seit dem Gesetz 142, hauptsächlich als Regulierungsbehörde ansieht: Ziel sei ein effizientes technisches System zur Verteilung, während ihm das Menschenrecht auf Wasser nicht allzu wichtig sei. Abschließend lässt sich also konstatieren, dass die *acueductos* ein ambivalentes Verhältnis zum Staat pflegen. Einerseits werden sie insbesondere dort unterstützt, wo Menschen mit Geld und Einfluss leben (dieser Punkt wird unter 9.6.3 weiter ausgeführt). Andererseits werden die staatlichen Regulierungsmaßnahmen als übertrieben und letztlich stark einschränkend bezeichnet. Die Bedrohung und Einschränkung der *acueductos* durch den Staat erscheinen gegenwärtig letztlich gewichtiger als dessen unterstützende Seite.

9.5.4 Veränderungen gesellschaftlicher Felder und institutioneller Logiken

Die äußeren Bedingungen der *acueductos* verändern sich. Das können etwa biophysische Veränderungen sein, wie die Verbesserung der Wasserqualität aufgrund geringerer Einträge durch die Landwirtschaft, wovon Valencia berichtet. Wenn der Kontext sich wandelt, müssen sich die Praktiken der *acueductos* häufig anpassen. Valencia beispielsweise verzichtet seither weitgehend auf eine chemische Aufbereitung und setzt auf natürliche Filterverfahren. Auch andere, nicht eindeutig bestimmten Menschen ursächlich zuzurechnende Veränderungen, zum Beispiel des Klimas, können zu Umstellungen bei den *acueductos* führen. In diesem Abschnitt sollen allerdings eher die politökonomischen Aspekte in den Blick genommen werden, namentlich die Veränderungen der Akteurinnen der Wasserwirtschaft, die der Markt- oder der Staatslogik zugerechnet werden, sowie die darin gründenden Änderungsimpulse für die *acueductos*.

Quintana Ramírez (2010: 169) arbeitet zwei besonders bedeutsame Veränderungen der letzten Jahrzehnte heraus (sie betrachtet die Jahre zwischen 1986 und 2006): Einerseits habe sich der Diskurs in Kolumbien verändert, sodass Wasser nun nicht mehr als soziales Gut angesehen werde, das grundsätzlich dazu dient, die Reproduktion und die menschlichen Aktivitäten zu ermöglichen und somit allen zur Verfügung stehen sollte (ebd.). Stattdessen werde Wasser verstärkt als knappes und marktfähiges Gut aufgefasst, das zahlungskräftigen Kundinnen vorbehalten und für die ökonomische Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung sei (ebd.; vgl. auch López Rivera 2015: 13f.). In diesem veränderten Grundverständnis werden insbesondere markt- und teilweise auch staatslogische Bewirtschaftungsformen in Relation zum selbstorganisierten Wassermanagement der *acueductos* aufgewertet.

Andererseits konstatiert Quintana Ramírez (2010: 169), dass der Staat als Akteur der Wasserwirtschaft an Bedeutung verloren habe. An die Stelle des vornehmlich staatlich-zentralisierten Managements sei eine ökonomisch-dezentral orientierte Struktur privatwirtschaftlicher Akteurinnen getreten (ebd.: 169f.). Die *acueductos* würden vor diesem Hintergrund als Konkurrenz und Hindernis auf dem Wege der Ökonomisierung angesehen, schreibt Quintana Ramírez weiter (ebd.: 171). Die gesellschaftlichen Felder verändern sich also in entscheidendem Maße, und beide Punkte deuten in Richtung eines Bedeutungsgewinns der Marktlogik. Dieser Vermutung soll im weiteren Verlauf dieses Abschnitts auf den Grund gegangen werden.

Bereits an anderen Stellen ist angeklungen, dass EPM im Laufe der Jahre immer wieder neu aufgestellt wurde (siehe 9.2.2. und 9.3.2.). López Rivera (2013: 5f.) führt zwei Aspekte an, denen sie in der Restrukturierung der vergangenen Dekaden besondere Bedeutung beimisst. Erstens habe EPM unter der Federführung der Weltbank seit 1997 einen Kommerzialisierungsprozess durchgemacht; zweitens habe das Unternehmen sein operatives Geschäft geografisch ausgeweitet und sei so zu einem transnationalen Unternehmen geworden. Die Gründe für den Schritt der Internationalisierung lägen in der Kombination aus der Kommerzialisierung und der Sättigung des lokalen Marktes (López Rivera 2015). Dadurch bewegten sich López (2016: 167f.) zufolge die Handlungen von EPM immer mehr in Richtung privatwirtschaftlicher Praktiken und einer profitgetriebenen Wettbewerbslogik, was sich insbesondere im Ausland bemerkbar mache.

Diese Vermarktlichung lässt sich nicht nur auswärtig, sondern auch in Medellín spüren.²⁵

»Commercialization initiatives in the water sector were consolidated through the introduction of market mechanisms, which consisted on recovering the full costs of water supply provision. As a result, the city reported an excessive increase in water tariffs and reduction of levels of cross-subsidization« (López Rivera 2015: 83).

25 »Besides the rigorous implementation of cost-recovery, EPM has deployed other mechanisms to facilitate that water flows as a commodity. This include discursive strategies such as the categorization of citizens as customers, the use of bill payment as a mechanism to differentiate between ›good‹ and ›bad‹ citizens, the representation of water as a ›scarce‹ commodity as well as technical strategies such as the removal of water meters and installment of flow limiters, trickle valves and prepaid meters, which have resulted in a fragmented and splintered infrastructure« (López Rivera 2015: 170).

EPM fährt als argumentative Strategie, dass es möglichst viel Geld machen müsse, weil es ansonsten der Stadt Medellín unrecht täte – schließlich finanziert EPM viele Sozialprogramme und Verbesserungen in der Stadt (López 2014: 8f.). An diesem Punkt zeigt sich das Dilemma einer starken Verknüpfung von Öffentlichem und Privatwirtschaftlichem, genauer gesagt einer Übernahme marktlogischer Prinzipien von staatlichen Stellen: Einerseits müssen sich staatliche Unternehmen an sozialstaatlichen Maßstäben messen lassen oder entsprechende Funktionen einnehmen, andererseits sind sie angehalten, Einnahmen zu erzielen und sich in Konkurrenzverhältnissen zu behaupten.

Auch der Staat an sich veränderte sich in den letzten Jahrzehnten. So wurde bereits erläutert, dass der Staat seine Kontrollfunktion in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend stark ausfüllte.

»Die Legislative, in ihrer Rolle, neue Normen zu schaffen, welche die uralte gemeinschaftliche Wasserbewirtschaftung regulieren, und die exekutive Macht, in ihrer Rolle, an die Logik der Marktwirtschaft angepasste Projekte anzuweisen, waren und sind Determinanten für das Verfälschen, Umformen und Auflösen der traditionellen gemeinschaftlichen Übereinkünfte bezüglich des Wassermanagements und erzwingen den Wandel der gemeinschaftlichen Logiken hin zu jenen, die die globalisierte Welt durch den Güter- und Dienstleistungsmarkt aufzwingt« (Salazar 2017c: 8; Übers. J. E.).

Salazar fällt also ein hartes Urteil über den Staat, indem sie davon ausgeht, dass er seine legislative und exekutive Macht nutzt, um das Gemeinsame durch die Marktlogik zu ersetzen. Ähnlich sieht es Valencia Agudelo (2008: 84). Er beklagt, dass die *acueductos* vom Staat inzwischen hauptsächlich als Problem angesehen werden, und führt dies auf die bereits beschriebene Kommerzialisierung Anfang der 1990er Jahre zurück, in deren Zuge Wasser zunehmend zur Ware wurde und die entsprechenden Organisationen angehalten waren, profitorientiert oder zumindest kostendeckend zu wirtschaften (ebd.). Valencia Agudelo berichtet von einer eindeutigen Subventionierung großer Unternehmen, zum Beispiel durch großzügige Steuererlasse, bei gleichzeitiger Behinderung der *acueductos*, dies in Form von Strafen, verringerter Kreditvergabe und eines strikten Reglements zur Verhinderung städtischer Investitionen in die *acueductos* (ebd.: 85). Zusammenfassend betrachtet Valencia Agudelo dieses Vorgehen als »unvernünftigen Kampf des Staates, um den kleinen Betreibern ein Ende zu setzen« (ebd.; Übers. J. E.), und führt dies zurück auf die nicht marktlogischen und nicht im ökonomischen Sinne rentablen Praktiken der *acueductos* (ebd.).

Dieser Druck der Kommerzialisierung geht nicht spurlos an den *acueductos* vorbei. Zwar sei es ein grundsätzliches Ziel der *acueductos*, das Wasser eben nicht als Ware zu behandeln, sondern als lebenswichtige Flüssigkeit (*liquido vital*), dies aber widerspreche inzwischen den Politiken des Staates, argumentiert Gil Ospina. Dabei ist offensichtlich, dass das Prinzip der ökonomischen Effizienz und somit der unternehmerische Ansatz nicht zu der gemeinschaftlichen Wasserbewirtschaftung passt, die eben nicht auf Gewinne ausgerichtet ist (Arenas 2017: 37). Dass es dennoch Mittel und Wege gibt, auch innerhalb der *acueductos* eine Kulturveränderung zu bewirken, zeigt das folgende von Roa García et al. (2015) beschriebene Beispiel. In den *acueductos* sei es lange Zeit unüblich gewesen, den Konsum des Wassers verbrauchsbezogen pro Mitglied zu berechnen.

Durch staatliche Auflagen seien die *acueductos* allerdings dazu gebracht worden, bei jedem Anschluss einen Wasserzähler zu installieren und entsprechend abzurechnen. Dies bedeute einen gewissen technischen Aufwand (und ebenso bestimmte Erleichterungen, zum Beispiel beim Aufspüren von Lecks), von größerer Tragweite sei allerdings, dass dieser technische Eingriff die Sprache der kleinen Betreiber verändere und somit Effizienz und Einkünfte wichtiger würden als das gemeinschaftliche und solidarische Organisationsprinzip (ebd.: 58).

»Die Installation der Wasserzähler bedeutet eine Verpflichtung der Organisation und der Gemeinschaft, die Gerätschaften anzuschaffen und instand zu halten, die produzierten Informationen zur Verbesserung der Effizienz bei der Verteilung (Reduktion der Verluste) zu verwenden und Veränderungen in des Tarifstruktur vorzunehmen, die Anreize für eine effiziente Nutzung schaffen (Tarife nach Konsumbündeln)« (ebd.: 69; Übers. J. E.).

Es sei gut möglich, dass die Wasserzähler tatsächlich zu einer Steigerung der operativen Effizienz führen, schreiben Roa García et al. (ebd.: 70). Dies scheint auf den ersten Blick und aus einer Perspektive der Nachhaltigkeit ein positiver Aspekt zu sein. Allerdings führt es, wie Roa García et al. zeigen, zu mehr Vulnerabilität aufseiten der *acueductos*, wenn die Effizienz nicht mehr nur als Mittel angesehen wird, um das gemeinschaftliche Management zu verbessern, sondern als Ziel an sich (ebd.). Anhand dieses Falls wird deutlich, als wie bedroht sich die *acueductos* teilweise selbst wahrnehmen; außerdem zeigt er, wie scheinbar kleine und auf technische Effizienz ausgerichtete Veränderungen größere Veränderungen auf der organisationalen und letztlich auch der politökonomischen Ebene nach sich ziehen können.

9.6 Wasserkonflikte und deren Bearbeitung

9.6.1 Strukturelle Widersprüche im Wassersektor von Medellín

Auf die Frage, was Wasser denn überhaupt sei, antworten die Menschen sowohl in den ländlichen als auch in den städtischen *acueductos* laut Salazar immer wieder: »Wasser ist alles, Wasser ist das Leben.« Im Interview erzählt sie diesbezüglich von einer Begegnung mit einem jungen Mann, einem Klempner eines ländlichen *acueducto*. Diesem seien bei dieser Frage sogar die Augen feucht geworden. Salazar erklärt sich diese Reaktion damit, dass das Wasser sowohl eine emotionale Bedeutung habe als auch die Lebensgrundlage dieses jungen Mannes sei.

»Also dort gibt es eine Beziehung, die sicherlich ziemlich anders ist, als die eines technischen Angestellten, der das Wasser für einen öffentlichen Dienstleistungsbetrieb behandelt, der das, so meine ich, auf eine sehr unsensible Art tut, um es mal so zu sagen. Es ist halt einfach eine Flüssigkeit, die verteilt und gepflegt werden muss« (Salazar).

Sie geht von einem großen Unterschied zwischen den jeweiligen Verständnissen und Umgangsweisen aus. Aus dieser Differenz zwischen einer, zugespitzt formuliert, tech-

nisch-funktionalistischen Herangehensweise auf der einen und einer spirituell-holistischen auf der anderen Seite erwächst eine generelle Kulturfrage, die immer wieder aufscheint, eine Unvereinbarkeit, die auf einen generellen strukturellen Widerspruch in der kolumbianischen Gesellschaft hindeutet.

Dieses kulturelle Spannungsfeld zeigt sich auch an anderer Stelle; so beklagt Castrillon, dass heute alle Absprachen formell festgehalten werden müssten, etwa wenn ein *acueducto* Rohre über Privatgelände legen wolle. Früher sei um Erlaubnis gefragt worden und die Vereinbarung per Handschlag getroffen worden. Heute hingegen werde sich nicht mehr so sehr an das eigene Wort gehalten, und dies mache schriftliche Verträge notwendig. Palacio berichtet von einem Fall, in dem dieser kulturelle Wandel zu ernststen Problemen geführt habe. Das Land, auf dem die heutige Wasseraufbereitungsanlage ihres *acueducto* gebaut ist, habe ursprünglich einer reichen Familie aus ihrem Bezirk gehört. Die Erlaubnis der Eigentümerinnenfamilie sei damals nicht schriftlich festgehalten worden. In der Zwischenzeit sei die Familie weggezogen und die neuen Eigentümerinnen hätten in unmittelbarer Nähe ihr eigenes Haus und eine Reithalle gebaut. Die Bauarbeiten hätten dazu geführt, dass der Wassertank abgesackt und nun unbrauchbar sei. An diesem Beispiel wird deutlich, dass Veränderungen in der Form gesellschaftlicher Vermittlung mitunter zu Widersprüchen führen.

Die Fragen, an welche Abmachungen man sich halten und wofür Verantwortung übernommen werden muss, hängen eng zusammen. Rodriguez erzählt, dass es ihr schon dreimal passiert sei, dass bei Bauarbeiten Rohre massiv beschädigt worden seien und sie mit erheblichen Schwierigkeiten und finanziellen Mitteln das Loch erst habe finden und dann den Schaden beheben müssen. Diejenigen, die den Schaden verursacht hatten, hätten weder den Schaden gemeldet, was zu geringeren Kosten geführt hätte, noch seien sie später für den Schaden geradegestanden. Stattdessen habe es sich für die Baufirmen letztlich ausgezahlt, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Im ersten Fall gibt das Eigentum als gesellschaftliche Form der einen Partei das Recht, der anderen zu schaden, auch weil alte und in ihrer Form nicht mehr zeitgemäße Absprachen nicht anerkannt werden. Im zweiten Fall steht das formale Recht mit hoher Wahrscheinlichkeit zwar aufseiten des *acueducto*. Allerdings führt die unzureichende Durchsetzung dazu, dass die Partei, die den Schaden verursacht hat, nicht daran gehindert wird, sich der Verantwortung zu entziehen. Insgesamt deuten beide Beispiele auf einen tendenziell exklusionslogischen Umgang mit Konfliktsituationen hin, da die Konfliktparteien sich eher in einem Gegeneinander wiederfinden und da nicht versucht wird, die Bedürfnisse der jeweils anderen Seite ernst zu nehmen und zu berücksichtigen.

Ein weiterer Aspekt, auf den in den Interviews vielfach hingewiesen wurde, ist die Urbanisierung der Metropolregion Medellín. Wie Valencia Agudelo im Gespräch berichtet, besteht aus stadtplanerischer Sicht folgendes Problem: Medellín will aus Umweltgründen auf den sie umgebenen Bergkämmen einen grünen Gürtel erhalten, die dafür vorgesehenen Flächen werden allerdings teils durch die illegale Ausbreitung der Stadt bedroht. Hier stehen unterschiedliche Bedürfnisse gegeneinander. Allerdings sind es nicht nur die illegalen Siedlungen am Stadtrand, die problematisiert werden. Auch die Politiken des Bürgermeisterinnenamts werden bemängelt. Castrillon kritisiert die städ-

tische Bebauung und macht die Politik für die fehlenden Grünflächen und Bepflanzungen verantwortlich und führt die hohe Luftverschmutzung auf diesen Umstand zurück.

Neben diesen kontextspezifischen Widersprüchen existieren auch in Kolumbien die üblichen strukturellen Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften. Einer davon, der an dieser Stelle exemplarisch – aus Platzgründen stellvertretend für die vielen anderen – herausgestellt werden soll, hängt mit der bereits angesprochenen Frage des Eigentums zusammen. Wie am Beispiel der Reithalle deutlich wurde, schafft das Eigentum Gelegenheiten, Konfliktparteien gegeneinander auszuspielen und steht einer gemeinsam getragenen Lösung mitunter entgegen. Besonders deutlich lässt sich dies anhand eines Beispiels in Rionegro zeigen, von dem Salazar auf der Mitgliederversammlung der *Asociación de los Acueductos Comunitarios del Municipio de Envigado* in Medellín erzählte. In Rionegro, einer mittelgroßen Stadt in der Nähe von Medellín, habe das Bürgermeisterinnenamt zunächst in die Infrastruktur des örtlichen *acueducto* investiert. Einige Zeit später sei dem *acueducto* die Autonomie mit dem Argument entzogen worden, dass das *acueducto* mit öffentlichem Eigentum hantiere, also der öffentlichen Hand die Entscheidungshoheit obliege.²⁶ Letztlich sei das *acueducto* in Rionegro an dieser Frage zugrunde gegangen. Die Lehre, die Salazar aus dieser Geschichte zieht, ist, dass man sich besser nicht auf derartige Geschäfte mit staatlichen Stellen einlassen solle. Das Eigentum ist letztendlich ein gesellschaftliches Konstrukt, über das sich gegensätzliche Interessen ausdrücken und auf dessen Grundlage Unvereinbarkeiten entstehen können. Ähnlich verhält es sich mit dem Medium Geld, das im kommenden Abschnitt eine wichtige Rolle einnimmt.

9.6.2 Wasserkonflikte und die Marktlogik

Das Unternehmen EPM, als marktlogisch orientiertes Unternehmen in Staatshand, muss sich in Medellín mit einer Reihe von Konflikten auseinandersetzen. Ein betriebsinterner Konflikt etwa, von dem Salazar berichtet, handelt von der Umorientierung des Unternehmens auf Unterauftragnehmerinnen und dem damit verbundenen Abbau eigener Arbeitsplätze. Salazar vermutet dahinter die Bestrebung von EPM, die Arbeitnehmerinnenrechte im eigenen Unternehmen zu umgehen sowie Personalkosten zu senken. Mehr Aufmerksamkeit hat in der Vergangenheit allerdings ein Konflikt mit den eigenen Kundinnen erregt.²⁷ Der Vorwurf lautete, dass EPM vielen Nutzerinnen die Wasserlieferung verwehre, wenn diese ihre Wasserrechnungen nicht bezahlten. Dieser Schritt scheint zunächst aus ökonomischer Sicht durchaus üblich zu sein. Er ist in Kolumbien jedoch nur unter bestimmten Bedingungen rechtlich zulässig, zum Beispiel dürfen in dem betroffenen Haushalt keine Kinder leben; die Regelungen gehen auf die

26 Croteau (2016: 28) berichtet von einer ähnlichen Strategie in der Nähe von Cali, wo sich das *acueducto* allerdings gegen die angebotenen Investitionen entschieden hat. Nach anfänglichem Misstrauen wurde letztlich eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eingegangen, was die absolute Autonomie des *acueducto* sicherstellte (ebd.: 29).

27 Ein weiterer Wasserkonflikt in der Gegend von Medellín, der an dieser Stelle aus Platz- und Relevanzgründen lediglich erwähnt werden soll, betrifft die dortigen Staudammprojekte und die damit verbundenen Umweltproblematiken und Umsiedlungen (Niño Viracachá 2013: 134f.).

Gesetzesänderungen nach dem ersten Referendum zurück (siehe 9.3.4).²⁸ Salazar erzählt, dass EPM sich regelmäßig über diese Beschränkungen hinwegsetze und es aus diesem Grund zu vielen Rechtsstreitigkeiten komme.

Diese Problematik ist Salazar zufolge einer der Gründe dafür, dass Menschen sich illegalerweise an das öffentliche Wassernetz anschließen. Auf deren Situation fokussiert sich die Forschung von López Rivera. Sie sieht eine Verbindung zwischen diesen illegalen Praktiken und der Kommodifizierungsstrategie des Unternehmens und geht davon aus, dass 13 Prozent der Haushalte Medellíns vom offiziellen Wassernetz ausgeschlossen sind (López Rivera 2015: 2). Drei Gruppen seien davon besonders betroffen: erstens, wie bereits angeführt, Zahlungsunfähige, zweitens Menschen, die nicht auf legalisiertem Land wohnen, und drittens Haushalte, die sich in sogenannten Hochrisikozonen befinden (López 2016: 165ff.; vgl. Niño Viracachá 2013: 135). Die betroffenen Menschen, die sogenannten *desconectados* (Abgetrennte), sehen sich gezwungen, zu mitunter illegalen Mitteln zu greifen.

»While doing fieldwork, I observed that disconnection triggered the development of a complex set of informal, and often illegal socio-technical arrangements, in which low-income households were forced to decommodify the flows of water by not only mobilizing pipes, tubes, taps and meters, but also neighbours, family, friends, fontaneros (local plumbers) and los muchachos (paramilitaries)« (López Rivera 2015: 2).

López (2014: 6) nennt als gängige Methoden das Teilen der Rechnungen, den eimerweisen Verkauf innerhalb der Nachbarschaft, die Wiederverwendung bereits benutzten Wassers, selbstgebaute Konstruktionen zum Auffangen des Regenwassers, das Herbeischaffen von Flusswasser sowie die Bezahlung für illegale Anschlüsse an die vorhandenen Wassernetze. Insbesondere der letzte Punkt ist auch für EPM ein nicht zu unterschätzendes Problem.

»As illegal connections are difficult to control for EPM, they are usually detected by formal users who complain to the company about bad water quality and insufficient water pressure, leading to the regular interruption of water flow. Consequently, unserved areas have become a source of tension with adjacent formal neighbourhoods that experience poor water supply due to the proliferation of illegal connections. As a result, illegal connections in unserved settlements have become an important target for EPM« (López 2016: 172f.).

Einerseits führt diese Situation zu Unmut aufseiten der EPM-Kundinnen und schürt Konflikte zwischen den legalen und den illegalen Nutzerinnen. Andererseits ist der Wasserverlust durch die illegale Entnahme problematisch für EPM, weil die Einnahmen aufgrund des Wasserverlusts sinken und zusätzlich die Zahlungsmoral abzufallen droht (ebd.: 170).

Der Umgang mit derartigen Konflikten basiert zuvorderst auf dem juristischen Weg, wohingegen der politische Weg aufgrund der geringen Einflussmöglichkeiten

28 »Ironically, while the national state has the constitutional obligation to satisfy unmet needs regarding potable water, it has been also highly supportive of these market-based regulatory arrangements, including disconnection for non-payment« (López Rivera 2015: 171).

und des niedrigen Organisationsgrads der betroffenen Bevölkerungsgruppen lange Zeit kaum beschritten wurde, was letztlich auf ein starkes Machtungleichgewicht schließen lässt. Das Recht auf Wasser²⁹ ist laut López Rivera (López Rivera 2015) der stärkste Hebel der *desconectados*, die nicht auf die Unterstützung des Bürgermeisterinnenamtes bauen können: »The municipality instead of mediating between company and citizens interests, as different court cases introduced before have shown, it has opted to keep itself silent and complicit, particularly now when its financial budget strongly depends on the annual transfers of EPM« (ebd.). Die primären Konfliktbearbeitungsmethoden von EPM scheinen das Vertrauen in die eigene Macht und die Konfrontation vor Gericht zu sein. Auf die Frage nach dem Konfliktmanagement des Unternehmens führt der EPM-Manager im Interview aus, dass EPM intern alles über Normen und Regeln austrage – eine Antwort, die nur bedingt zu dem eingangs beschriebenen Konflikt mit den eigenen Beschäftigten passt. Bezogen auf externe Konflikte antwortet er lakonisch, dass EPM viele Anwältinnen beschäftige. Dies untermauert die Ausführungen von López Rivera und deutet auf exklusionslogisches Konfliktmanagement hin.

Vonseiten der *acueductos* wird ein gänzlich anderer Punkt als problematisch empfunden. Salazar beschreibt die Strategie von EPM als expansiv und mit dem Vorteil versehen, ökonomische und technische Effizienz im Rücken zu haben. Im Gegensatz dazu sei die Strategie der *acueductos* primär darauf ausgerichtet, sich selbst – und die Umwelt – zu erhalten. Zwar würden auch die *acueductos* sich mitunter ausbreiten, allerdings hauptsächlich in den Fällen, in denen Menschen bis dato nicht ans Wassernetz angeschlossen waren oder neu hinzuziehen. Im Grunde wollten die *acueductos* ihre gemeinschaftliche und nachbarschaftliche Wirtschaftsweise fortsetzen, wohingegen bei EPM eine klare Intention bestehe, das eigene Wirtschaften auszuweiten. Darin sieht Salazar eine von EPM ausgehende Konkurrenz mit den *acueductos*. Der EPM-Manager widerspricht dieser Sichtweise, indem er sagt, dass EPM nichts gegen die *acueductos* habe und auch keine besonders expansive Strategie fahre. Dort wo die *acueductos* seien, sei EPM nicht, unter anderem, weil es sich ökonomisch nicht lohnen würde oder technisch sehr aufwändig wäre.

Aus den Aussagen von Salazar und dem EPM-Manager erwächst der Eindruck, dass EPM aufgrund seiner Unternehmensstruktur grundsätzlich geneigt ist, zu expandieren. Dieser Schluss ist nicht zuletzt mit Blick auf die Internationalisierungsstrategie von EPM plausibel. Im Interview macht Palacio sehr deutlich, dass sie nichts von einer etwaigen Übernahme von EPM hält. Dass EPM tatsächlich expansive Bestrebungen hegt, zeigt sich ihr zufolge anhand einiger Haushalte in ihrem Stadtteil, die ein entsprechendes Angebot bereits bekommen und abgelehnt hätten.³⁰ Stattdessen hätten

29 »Although this right has not been enshrined in the National Constitution, the Constitutional Court has played an important role in halting disconnection for non-payment and authorizing the extension of formal infrastructure networks in informal settlements. Tutelary actions have become an important legislative mechanism to defend the right to water; however, they have not been widely implemented due to the lack of political empowerment of *desconectados*« (López Rivera 2015: 126).

30 Der Vollständigkeit halber muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass EPM laut Palacio einen anderen Stadtteil an das öffentliche Wassernetz anschließen und in diesem Zuge ein Rohr durch das Gebiet des *acueducto* legen wollte. Da die Menschen ihr Trinkwasser weiter vom *acue-*

diese sich entschieden, im *acueducto* zu bleiben, da dort gute Arbeit geleistet werde. Die fraglichen *acueductos* scheinen für EPM allerdings momentan tatsächlich ökonomisch unattraktiv zu sein. Die große Bedrohung, die eine Expansionsoffensive von EPM für die *acueductos* bedeuten würde, ist allerdings ebenso ersichtlich. So kann es leicht geschehen, dass der Druck auf EPM, in Medellín einen größeren Kundinnenstamm aufzubauen, in Zukunft wächst und somit die heute ökonomisch nicht lukrativen *acueductos* ab einem gewissen Punkt als interessant angesehen werden.

Auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen ihrem *acueducto* und EPM antwortet Rodriguez, dass das städtische Unternehmen das Ziel verfolge, alles zu monopolisieren. Auf Nachfrage führt Rodriguez weiter aus: »Sie legen sich nicht direkt mit uns an, sondern üben im Bürgermeisterinnenamt oder in der Stadt Einfluss aus.« EPM verunglimpfe die Qualität des Wassers der *acueductos* und rede die Bedeutung der *acueductos* klein, indem es behaupte, dass jene nur wenige Häuser beliefern würden. »Also damit beginnt es: Sie fangen an, uns Gesetze vorzusetzen, deren Einhaltung uns Arbeit macht, weil wir nicht die finanziellen Mittel dafür haben. Und so gelangen wir an einen Punkt, an dem wir die Hände von der Sache lassen« (Rodriguez). In dem Moment komme EPM, verlege Rohre und berechne so viel, wie es wolle, sagt sie. Hincapie Garcia, der Direktor der Finanzkooperative *Confiar in Guarne*, berichtet im Gespräch von tatsächlich vollzogenen Übernahmen durch EPM. In Rionegro beispielsweise habe EPM die Wasserbewirtschaftung vor einigen Jahren übernehmen können, da die dortigen, sehr politischen, *acueductos* schlecht gewirtschaftet hätten.³¹ In Guarne sei die Bewirtschaftung der *acueductos* hingegen deutlich besser, wodurch diese mehr Macht hätten, EPM zu widerstehen. Diese Aussagen zeichnen ein etwas klareres Bild vom Vorgehen von EPM und deuten in Richtung einer langsamen, aber zielgerichteten und auf vielen Ebenen vorangetriebenen Expansionsstrategie auf Kosten der *acueductos*.

9.6.3 Wasserkonflikte und die Staatslogik

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die marktlogischen Aktivitäten des Staates über sein Unternehmen EPM thematisiert wurden, sollen nun die staatslogischen Aspekte in den Blick genommen werden. Ein Aspekt, der diesbezüglich bereits zur Sprache kam und nun vertieft werden soll, ist die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Akteurinnen – abhängig von ihrem jeweiligen finanziellen und politischen Gewicht (siehe 9.5.3). Palacio berichtet von umfassender Unterstützung durch staatliche Stellen, beispielsweise wenn es im Zuge von Bauarbeiten in ihrem wohlhabenden Stadtteil dazu komme, dass Flüsse verschmutzt werden. Eine Beschwerde bei der Lokalregierung reiche in der Regel aus, um diese dazu zu bewegen, sich um die entstandenen

ducto hätten beziehen wollen, sei entschieden worden, dass EPM das Rohr nur durch das Gebiet legen dürfe, wenn es die Abwasserbewirtschaftung, einen Teil des Wassermanagements, den das *acueducto* nicht leistet, in dem Gebiet übernehme. Da EPM das Abwassermanagement allerdings nicht habe aufbauen wollen, ohne auch die Trinkwasserbereitstellung zu übernehmen, führt nun laut Palacio kein Rohr von EPM durch das Gebiet.

31 Vermutlich sind die hier angesprochenen Fälle dieselben wie jene, von denen Salazar in einem anderen Zusammenhang berichtet hat (siehe 9.6.1).

Unannehmlichkeiten zu kümmern. Diese zuvorkommende Art ist in ärmeren Stadtteilen kaum anzutreffen. Diese Ungleichbehandlung trifft vermutlich auch, und unter Umständen sogar insbesondere, auf Konfliktfälle zu. Castrillon meint, dass der Staat ein Monopol aufbauen und sich das Wasser von dem Land, das von den Indigenen seit jeher und heutzutage vom, wie er sagt, »ganzen Volk« (*todo el pueblo*) geschützt werde, aneignen wolle. Der Staat sei eben keine Institution der Bäuerinnen und Armen, stellt Castrillon fest und bezeichnet die Auseinandersetzungen mit jenem als einen großen Kampf; er hoffe auf internationale Hilfe.

Castrillon wähnt das nationale Recht und die Verfassung auf seiner Seite und geht davon aus, dass der Staat die Pflicht habe, die *acueductos* mit Infrastruktur zu unterstützen. Da dieser seiner Pflicht allerdings nicht gerecht werde, komme es immer wieder zu Konflikten. Auch Bélanger Dumontier et al. (2014: 11) sehen diesen Punkt als eine der Herausforderungen, vor denen die *acueductos* stehen: »Within the current regulatory framework, their main problem is water quality, which cannot be fully tackled without public investment in rural water and sanitation systems.« Castrillon zufolge weiß die Politik um eben diese Problematik und macht im Wahlkampf immer wieder entsprechende Versprechungen. Sobald die zu vergebenden Posten jedoch besetzt seien, werde von den gemachten Zusagen nichts umgesetzt, beklagt er. Das Einzige, was den *acueductos* bleibe, sei, ihre Autonomie aufzugeben und dafür staatliche Unterstützung zu bekommen, ein Tauschhandel, den sie nicht bereit seien, einzugehen.

In der Vergangenheit haben auch kleinere Unternehmungen, wie die *acueductos*, Hilfen staatlicher Stellen bekommen, allerdings hat sich laut Otálora Gómez et al. (2013: 64) seit dem Gesetz 142 vieles geändert. Seit 1994 wird ein *acueducto*, das vom Staat Unterstützung erhalten (zum Beispiel bei der Gründung) und sich nicht offiziell registriert hat, angesehen als eines, das seine Verpflichtungen nicht erfüllt, was negative Konsequenzen nach sich ziehen kann (ebd.). Castrillon berichtet von nicht legalisierten *acueductos*, die weder registriert sind noch Abgaben bezahlen. Diese hätten meistens kein richtiges Abrechnungssystem und könnten daher, zum Beispiel in Ermangelung von Quittungen, gegenüber staatlichen Stellen nicht nachweisen, dass sie die Gelder tatsächlich innerhalb des *acueducto* ausgegeben haben. Diesen *acueductos* werfe das Bürgermeisterinnenamt vor, das Geld zu veruntreuen. In der Tat dürfte es Fälle geben, in denen diese Vorwürfe zutreffen, mit den damit verbundenen problematischen Konsequenzen.³² Ungeachtet der Faktenlage und der Frage nach der grundsätzlichen Berechtigung dieses pauschalisierten Vorwurfs, zeigt sich an dieser Stelle ein klarer Konflikt zwischen traditionellen, informellen, auf Vertrauen basierenden Wirtschaftsweisen und den bürokratisch-formellen Anforderungen staatlicher Stellen.

Dieser Konflikt wird auch in Bezug auf *acueductos*, die den offiziellen Anforderungen zu entsprechen versuchen, deutlich. Bélanger Dumontier et al. (2014: 11) sehen insbesondere ärmere *acueductos* von den betriebswirtschaftlichen Anforderungen finanzieller Stabilität bedroht. »The neoliberal orientation of water legislation in the country also imposes financial sustainability criteria that few small community providers can meet in conditions of extreme poverty« (ebd.). Auch Castrillon problematisiert den Druck des Staates auf die *acueductos*, profitabel zu wirtschaften und entsprechende Tarife zu

32. Zumindest in Bolivien scheint dies ein gängiges Problem zu sein (siehe 8.8.3).

erheben. Er führt dagegen ins Feld, dass der Zweck der *acueductos* eben nicht das Erwirtschaften von Profiten sei, sondern das gemeinsame Tun. Insgesamt finanzieren die *acueductos* tatsächlich eher den laufenden Betrieb und schreiben weder Infrastrukturinvestitionen ab noch bilden sie entsprechende Rücklagen. Stattdessen wird zu sammeln versucht, was nötig ist, wenn der Bedarf akut ist. Dieses Vorgehen widerspricht den Anforderungen der staatlichen Regulierungsbehörden.

Dass dieser Umstand für die *acueductos* sehr bedrohliche Konsequenzen haben kann, zeigt Salazar. So würden ihr zufolge viele *acueductos* aufgelöst, weil sie nicht die von der Handelskammer vorgegebenen administrativen und organisationalen Verfahrensweisen einhalten würden. Dabei ist sowohl die Passung dieser Verfahren mit der Arbeitsweise der *acueductos* infrage zu stellen als auch der Klage der *acueductos* Gehör zu schenken, dass jene sehr aufwändig und kompliziert seien, insbesondere für Menschen ohne Schulbildung oder mit geringen zeitlichen Kapazitäten. In diesem Zusammenhang kritisiert Salazar darüber hinaus, dass die Regulierungsbehörden die ökonomische Dimension sehr stark in den Mittelpunkt rücken und die Beiträge der *acueductos* zum Umweltschutz bei ihrer Bewertung beinahe unberücksichtigt lassen würden.³³ Salazar sieht in dieser einseitigen Wertung eine sehr reale Bedrohung für die *acueductos* und deren Anliegen: Sie sei die Grundlage für das Bestreben, die *acueductos* auszulöschen und an ihrer Stelle Betreiberinnen mit einer technischen und kaufmännischen Vision zu installieren.

Möglichkeiten des Staates, den *acueductos* Schaden zuzufügen, gibt es Bedoya und Cadavid (2016: 30) zufolge insbesondere seit der vor 50 Jahren erfolgten Delegation der Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten von der nationalstaatlichen auf die Ebene der Bundesstaaten und Bezirke. Dabei seien Möglichkeiten geschaffen worden, nicht profitorientierte Vereinigungen zu beseitigen (ebd.). Die bundesstaatliche Regierung von Antioquia mache davon insbesondere dort Gebrauch, wo es Konflikte, anderweitige Interessen bezüglich der Wassernutzung – zum Beispiel neue Urbanisierungs- oder Bergbauprojekte – gebe oder aber Konkurrenzen in Bezug auf die Wasserbewirtschaftung selbst entstünden, wie zum Beispiel im Falle der Konkurrenz zwischen den *acueductos* und EPM (ebd.: 31). In diesen Fällen werde, so Bedoya und Cadavid, die Aushändigung der Infrastruktur der *acueductos* unter Einsatz diverser bürokratischer Mittel angestrebt (ebd.).

Moncada Mesa et al. (2013: 133) schreiben ganz in diesem Sinne, dass vonseiten des Staates Anstrengungen unternommen würden, die gemeinschaftliche Wasserbewirtschaftung zu behindern. Insbesondere Veränderungen in der Legislative und die nationalen Entwicklungspläne sehen sie dabei als Bemühung des Staates an, die *acueductos* dazu zu drängen, entweder zu konventionellen Dienstleistungsunternehmen zu werden oder aber von der Bildfläche zu verschwinden (ebd.). Werden die Konflikte der *acueductos* mit den Regulierungsinstanzen vor diesem Hintergrund betrachtet, erscheinen sie in einem anderen Lichte und können nicht mehr als schlichte Auseinandersetzung um bürokratische Kleinigkeiten abgetan werden. Valencia berichtet, dass sie 930

33 Salazar meint, dass dieser Unterschied sich auch in der Wortwahl widerspiegele, sprächen staatliche Stellen doch von der Erbringung von Dienstleistungen (*prestación del servicio*), die *acueductos* hingegen von Wassermanagement (*gestión del agua*).

Berichte verfassen musste, allein im Jahr 2017, und dass sie eigentlich jemanden nur für diese Aufgabe hätte einstellen müssen. Für ein großes *acueducto* wie das ihrige sei dieser Umstand ärgerlich und zeitraubend, für kleinere *acueductos* stelle er hingegen eine immense Bedrohung dar. Hinzu kämen die Gebühren der verschiedenen Regulierungsinstanzen. In der Summe könne die Vielzahl an Anforderungen Valencia zufolge zum Verschwinden kleinerer *acueductos* führen.³⁴

Das Bild ist mit Blick auf die *acueductos* bei genauerem Hinsehen allerdings nicht ganz so düster wie bisher gezeichnet. So gibt es, insbesondere auf der lokalen Ebene, durchaus Kooperationen zwischen staatlichen Stellen und den *acueductos*. So kommt es beispielsweise zu Allianzbildungen mit Bürgermeisterinnenämtern oder Stadträtinnen (Salazar Restrepo et al. 2017: 26). Gil Ospina berichtet von einer konkreten Kooperation zwischen seinem *acueducto* und dem in unmittelbarer Nähe liegenden urbanen Zentrum der Stadt Guarne. Vor einigen Jahren sei ein Verbindungsrohr zwischen dem öffentlichen Wassernetz und den Rohren des *acueductos* gebaut worden. Wenn die Stadt Probleme habe, könne das *acueducto* aushelfen, dasselbe gelte natürlich auch umgekehrt. So sei auf lokaler Ebene ein Notfallmechanismus geschaffen worden, den beiden Seiten im Zweifelsfall nutzen könnten.

Salazar kommt letztlich zu dem Schluss, dass der Staat in manchen Fällen eher unterstützend tätig und somit als Freund anzusehen sei – und in anderen eher behindere. Es sei ein ständiges Hin und Her, allerdings bestehen ihr zufolge durchaus latente Konflikte, die immer wieder aufkommen und somit die *acueductos* in Abwehrkämpfe zwingen würden. Auch gibt es ein tief liegendes Misstrauens vonseiten der *acueductos* dem Staat gegenüber, das in den Interviews immer wieder aufscheint. Die *acueductos* würden in der Regel versuchen, politische und insbesondere parteipolitische Neutralität zu wahren, sagt Valencia. Insgesamt hält sie es aus Sicht der *acueductos* nicht für ratsam, sich auf eine Seite zu schlagen, und schließt in diese Überlegung auch Religionen, Guerrillas, Paramilitärs und Ethnien ein. Sich auf eine Seite zu schlagen, verursache letztlich nur Probleme. Die Verantwortung der *acueductos* sieht sie vornehmlich in ihren eigenen Angelegenheiten – und eben diese Haltung als einen wirkmächtigen Schutzmechanismus. Diese Einstellung scheint insbesondere vor dem Hintergrund der Geschichte der Gewalt in der kolumbianischen Gesellschaft (siehe 9.2.1) durchaus berechtigt zu sein.

Gleichzeitig gibt es immer wieder Momente des Widerstands der *acueductos*. Márquez Valderrama (2011: 6), Frontmann von *Penca*, wehrt sich zum Beispiel dagegen, dass die Mitglieder der *acueductos* nur noch als Klientinnen oder Nutzerinnen angesehen würden.

34 Auch Bélanger Dumontier et al. (2014: 10) berichten von der Bedrohungslage, in der sich die *acueductos* befänden, und dem »Erfolg« der Maßnahmen: »Some have been absorbed by larger operators, while others had to adopt a business approach and legalize their status to be allowed to stay in operation. This threat became more acute with the implementation of Departmental Development Plans (PDAs in Spanish) predicated on World Bank prescriptions beginning in 2007. The PDAs aimed to centralize operations at the department level to create economies of scale for new regional water providers. One stated goal was to attract investments to improve public services« (ebd.).

»Nachbar und Nachbarin, Wasser-Commoners zu sein, gibt uns Stärke und Identität. Diese Kraft, die wir als Verteidiger des Gemeinguts, der kollektiven Interessen, sind, erlaubt es uns, den Bedrohungen, die über unseren Organisationen angesichts der Privatisierungswelle schweben, die Stirn zu bieten« (ebd.; Übers. J. E.).

Von einem Beispiel der Autonomiebewahrung erzählt Valencia im Interview: Vor einigen Jahren habe es die Bestrebung in den öffentlichen Planungen gegeben, die Wasserinfrastruktur der *acueductos* finanziell und technisch aufzuwerten und im Gegenzug eine weitgehende Kontrollübernahme durch EPM durchzusetzen. Teilweise hätten die *acueductos* dieses Angebot angenommen, aber größtenteils hätten sie sich widersetzt. Als Grund führt Valencia an,

»dass das *acueducto* ein Erbe der gemeinsamen Arbeit ist, die wir da hineingesteckt haben, einer Arbeit, die eigentlich der Staat hätte tun müssen. Und da jedes *acueducto* über ein großes derartiges Erbe verfügt, und auch das Land und die Quelle eignet, und da wir unser Geld und unsere Arbeit hineingesteckt haben, Geld von armen Leuten, werden wir es auch immer verteidigen.«

Diese Entschlossenheit von Valencia steht den Widrigkeiten des Widerstands entgegen. So beklagt Rodriguez, dass es sehr schwierig sei, gegen den Staat zu kämpfen, denn dieser brauche bloß ein neues Gesetz zu erlassen und schon stehe man im Prinzip vor vollendeten Tatsachen. Nichtsdestotrotz gibt es Salazar (2017c: 8) zufolge viele *acueductos*, die sich den Reformvorschlägen des Staates widersetzen.

Darüber hinaus engagieren sich viele *acueductos* in sozialen Bewegungen, Bélanger Dumontier et al. (2014: 11) bezeichnen sie sogar als Herz der Antiprivatisierungsbewegung in Kolumbien. Umgekehrt spricht Spigarelli (2016: o. S.) davon, dass die Wasserfrage eine der entscheidenden Fragen kolumbianischer Bewegungen sei:

»Thanks to the increasing privatization of water, both in terms of the decisions about its use as well as its contamination and appropriation by private, national and multinational mining and energy companies, water rights have been a major focus of Colombian social movements over the last few years as a direct result« (ebd.).

Die Gefahren dabei, sich in sozialen Bewegungen zu engagieren, sind in Kolumbien eindeutig als hoch zu bewerten. Castrillon erläutert im Interview, dass Menschen, die sich sehr für die Umwelt einsetzen, damit rechnen müssten, umgebracht zu werden. Schon wer die eigenen Rechte einfordert, gelte als Revoluzzerin, was sehr gefährlich sein könne. Rodriguez bezeichnet die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dementsprechend als Kampf und schließt in dieses Urteil explizit auch die Auseinandersetzungen mit der Umweltbehörde, dem Bürgermeisterinnenamt und dem Staat an sich ein.

9.6.4 Konflikte und die Commons-Logik

Nachdem in den vorigen Abschnitten Konflikte und deren Bearbeitung unter primär markt- und staatslogischem Einfluss thematisiert wurden, sollen nun das Aufkommen

von und der Umgang mit Konflikten in von der Commons-Logik³⁵ bestimmten sozialen Gebilden analysiert werden. Gil Ospina macht intern keine großen Konflikte oder Probleme aus, und auch Rodriguez sieht in ihrem *acueducto* nicht viele und führt dies darauf zurück, dass ihr *acueducto* erstens sehr klein und dadurch persönlich sei und sich zweitens in einer reichen Gegend befinde. Auch scheinen die Angestellten der *acueductos* mit dem eigenen Salär zufrieden zu sein und über einen langen Zeitraum beim jeweiligen *acueducto* zu arbeiten, wie Valencia aus ihrer Erfahrung heraus berichtet. Sicherlich gibt es auch in *acueductos* Alltagsorgen; so macht sich Palacio zum Beispiel Gedanken darüber, dass eine Person in ihrem *acueducto* mit Drogen zu tun hat. Insgesamt allerdings geben die *acueductos* zunächst ein sehr friedliches Bild ab, ein Eindruck, den auch die Interviews vermitteln.

Anders sieht es in Zeiten der Wasserrationierung aus, berichtet Valencia. 2015 und 2016 habe es eine sehr intensive Trockenperiode gegeben und einige *acueductos* hätten nur für jeweils vier Stunden am Tag Wasser bereitstellen können. Ihr eigenes *acueducto* sei verhältnismäßig verschont worden, sagt Valencia: »Wir haben nur sechs bis acht Stunden am Tag kein Wasser verteilen können. Aber die Gemeinschaft ist schnell genervt, wenn aus dem geöffneten Wasserhahn nichts kommt. Nur in dieser Zeit hatten wir viele Konflikte, jetzt nicht.« Hinzu kommen vereinzelte Fälle, in denen Wasser geklaut wird. Rodriguez berichtet von einem derartigen Fall. Wenn sie bemerke, dass es an irgendeiner Stelle zu Unregelmäßigkeiten komme, zum Beispiel wenn über einen Anschluss mit einem Mal sehr viel weniger Wasser verbraucht werde, dann gehe sie dem nach. In ihrer langjährigen Tätigkeit sei es allerdings erst zweimal vorgekommen, dass jemand eine Umgehung gelegt habe, berichtet Rodriguez. In beiden Fällen seien es nicht die Eigentümerinnen, die sie ihr Leben lang kenne, gewesen, sondern deren Mietparteien.

Größere Konflikte, die bei vielen *acueductos* zu finden sind, treten rund um zwei Themenkomplexe auf. Erstens gibt es, wie Roa García im Gespräch berichtet, häufig Nachfolgekongflikte: Die alte Generation habe das *acueducto* gut im Griff gehabt, die jungen Menschen des Stadtteils hätten hingegen den Sinn dafür verloren. Auch Castrillon berichtet von diesem Konflikt, allerdings sieht er die mangelnde Bereitschaft, Posten oder Aufgaben zu übernehmen, als generelles Problem und nicht als auf die jüngeren Generationen beschränkt an. Zweitens wird von Konflikten mit Neuzugezogenen berichtet. Valencia Agudelo nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel von Neuen, die für das Wasser lediglich bezahlen, aber nicht an den Aktivitäten der *acueductos* teilnehmen wollten. Explizit nennt sie kommerzielle Nutzerinnen wie Unternehmen. Salazar berichtet von Fällen, in denen Neuzugezogene abgelehnt worden seien, weil sie »nicht von hier« seien. Möglicherweise hätten diese sich auf bisher unbebautem Land niedergelassen – und andere hätten diese Bebauung aus Gewohnheitsgründen abgelehnt, so Salazar. Manchmal gebe es auch Konflikte, weil die neuen Häuser das technische

35 Dass die Commons-Logik vorherrschend ist und nicht etwa die Gemeinschaftslogik, von der sehr wohl Elemente zu finden sind, wird in Analogie zum entsprechenden Befund für die bolivianischen Wasserkomitees (siehe 8.7.4) an dieser Stelle für die kolumbianischen *acueductos*, die mit jenen sehr weitgehende Ähnlichkeiten aufweisen, vorausgesetzt. Auf eine erneute Analyse wird aus Platzgründen und um Redundanzen zu vermeiden, verzichtet.

System des *acueductos* beeinträchtigten, zum Beispiel die Instandhaltung der dort liegenden Rohre. Bisweilen werde tatsächlich eine scharfe Unterscheidung zwischen den ›Menschen aus dem Stadtteil‹ und den ›Neuen‹ aufgemacht. Dieses Phänomen kann als generelleres kulturelles Problem angesehen werden oder als eines, das seinen Ursprung zwar im Stadtteil – zum Beispiel in der Wagenburgmentalität krimineller Gruppen –, aber nicht so sehr im *acueducto* hat. Oder aber es kann als ein Ausdruck der Gemeinschaftslogik gewertet werden, ist doch die Konstruktion eines ›Wir‹ und die damit verbundene Abgrenzung wichtiger Bestandteil dieser Logik (siehe 3.5.2).

Auf die Bearbeitung von Konflikten angesprochen, betonen die Interviewten immer wieder die Dialogorientierung innerhalb der *acueductos*. In diesem Sinne spricht Salazar Restrepo (2011a: 11; Übers. J. E.) von »Dialogprozessen zwischen Nachbarn und Nachbarinnen, ausgerichtet darauf, den Zugang und die Verteilung des Wassers für die anschließende Nutzung zustande zu bringen«. Hier wird ein deutliches geteiltes Interesse am Funktionieren der gemeinsamen Wasserbewirtschaftung angesprochen, das die Grundlage für die Konfliktbearbeitung zu sein scheint. Dabei kommt es stark auf die jeweils involvierten Personen an. Valencia beispielsweise sucht aktiv das Gespräch mit anderen, sie will verstehen, was passiert ist und was die jeweiligen Gründe dafür waren.

Euler: »Und wenn es Konflikte gibt, wie wird dann damit umgegangen?«

Valencia: »Miteinander sprechend.«

Euler: »Miteinander sprechend?

Valencia: »Ja.«

Euler: »Reden, reden, reden?«

Valencia: »Ja, denn es kann ein Konflikt mit einem Nutzer sein, dass er die Rechnung nicht rechtzeitig bezahlt.«

Euler: »Okay.«

Valencia: »Das Erste ist, ihn zu identifizieren: Wer es ist, was er macht. Denn in den *acueductos* gehen wir weiter, als ihm nur befehlen, die Rechnung zu bezahlen. Man geht da hin und spricht mit den Nachbarinnen, fragt danach, was los ist, ob es Schwierigkeiten gibt. Manchmal sind kranke Menschen in dem Haus, und dann geht man da hin und spricht mit ihnen, schenkt ihnen ein bisschen Hoffnung. Es gibt auch Leute, die lieber nur zweimal im Jahr bezahlen, weil ihre Arbeitssituation nun mal so ist.«

Gil Ospina berichtet, dass in dem Falle, dass jemand nicht zahlen könne – zum Beispiel weil ein Kind im Krankenhaus sei –, darüber gesprochen werde, wie die Zahlungsmodalitäten verändert werden könnten. Dabei werde mit den Vorschlägen der Betroffenen gearbeitet und kein Vorgehen vorgeschrieben.

Auch Valencia sucht das Gespräch, bevor sie eine Strafe verhängt. Ihr zufolge ist nicht nur von einer dialogorientierten, sondern auch von einer sehr persönlichen Konfliktbearbeitung zu sprechen: »Es ist eine Arbeit, die sehr personalisiert sein muss. Man muss sich mit der Person treffen, sie mit Namen begrüßen, sie in einem bestimmten Gebiet verorten und sie in einem Lebenskontext mit all seinen Problemen verorten.« So müsse zum Beispiel mit Menschen aus eher ärmeren, proletarischen Stadtteilen anders umgegangen werden als mit Menschen aus den reicheren Gegenden. »Jede Person ist ein Fall für sich«, sagt Valencia. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass ein derart

persönlicher Umgang mit den Menschen dazu führt, dass diese sich mehr gesehen und willkommen fühlen und dass sie sich später auch mehr einbringen und mit dem *acueducto* identifizieren. »Aber es ist eine Arbeit, die viel Zeit erfordert«, so Valencia.

Rodriguez scheint ebenso zuvorkommend im Umgang mit Konflikten zu sein. Wenn Leute zu ihr kämen und sagten, dass der Verbrauch auf der Abrechnung gestiegen sei und dass sie ein Leck hinter dieser Steigerung vermuteten, nehme sich Rodriguez der Sache an und schaue, ob es im Haus tropfende Wasserhähne oder Toiletten gibt oder ob die Rohre schadhaft sind. »Und so regeln wir das für die Leute, helfen ihnen. Denn die Idee ist nicht, dass wir uns selbst bereichern, sondern, die Menschen mit Wasser zu beliefern«, sagt Rodriguez. Gewiss ist diese sehr dialogorientierte und persönliche Art der Konfliktbearbeitung nicht nur zeitintensiv, sondern hängt auch stark von den im *acueducto* Aktiven ab. Allerdings spricht einiges dafür, dass diese Umgangsweise tatsächlich verbreitet ist und nicht bloß bei den präsentierten Einzelfällen zum Einsatz kam. Gil Ospina spricht sogar von einer generellen Pflicht der *acueductos*, Räume zu schaffen, in denen Konflikte »zivil und konsensuell« gelöst werden. Insgesamt scheint dieses inklusionslogische Vorgehen der Haltung, die während der Feldforschung in unterschiedlichen *acueductos* beobachtet werden konnte, sowie der Commons-Logik (siehe 3.5.3) zu entsprechen.

Häufig werden Konflikte nicht auf der Grundlage individuellen Engagements, sondern in den Gremien der *acueductos* bearbeitet. Die Hauptgremien sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Dort werden im Zweifelsfall die Konflikte ausgetragen. Allerdings gibt es auch *acueductos*, die eigene Schlichtungskomitees haben, wie das von Rodriguez. Dieses Komitee kommt ihr zufolge zum Einsatz, wenn es Probleme zwischen Nachbarinnen, im oder mit dem Vorstand gibt. »Das sind die Mediatoren, sie kommen und schauen, was das Problem ist, was passiert ist, warum jemand frustriert ist, warum er die Entscheidung nicht gut fand. Und dann reden wir mit ihm«, sagt sie. Das Komitee bestehe aus fünf gewählten Mitgliedern, und sein Ziel sei es, im Konfliktfall Vereinbarungen herbeizuführen, friedliche Vereinbarungen, bei denen keine Forderungen außen vor gelassen würden. Beide Parteien, betont sie, müssten zufrieden sein mit dem Resultat.

Auch in der Metaorganisation *Agua Viva* kommt es zu Konflikten, die, so Giraldo Sánchez, in der Regel im Vorstand geregelt würden. Meinungsverschiedenheiten werde per Dialog beigegeben und durch die Offenlegung der jeweiligen Gründe:

»Schau, ich sage zum Beispiel ›Nein!‹, darum, darum, darum, darum. Wir beginnen zu rasonieren, wir beginnen zu analysieren, wir bringen das ganze Thema auf den Tisch, wir sagen die Pros und die Kontras und fertig. Auf dieser Grundlage fällen wir Entscheidungen. Interessenskonflikte haben wir hier nicht. Zum Glück nicht« (Giraldo Sánchez).

Dies erhärtet den Verdacht der grundsätzlich inklusionslogischen Umgangsweise mit Konflikten und der weitgehenden Abwesenheit (struktureller) Konfliktpotenziale innerhalb sozialer Kontexte, die von der Commons-Logik bestimmt sind. Allerdings kommen auch diese nicht ohne Sanktionen aus. Valencia zufolge variieren die Strafen auf der einen Seite mit der Schwere des Vergehens, auf der anderen Seite fallen sie höher aus, je häufiger die Person bereits sanktioniert wurde. Die Strafen seien dabei so weit ak-

zeptiert, meint Valencia, dass sie in der Regel auch gezahlt würden. Ein Grund dafür könnte sein, dass sie letztlich auf eine Überschreitung selbstgegebener Regeln abzielen und dass auch die Sanktionen und der Rahmen des Strafmaßes letztlich gemeinsam festgelegt wurden. Ein besonderes Vorgehen legt Gil Ospina an den Tag. Er beschreibt es mit folgendem Motto: »Milde, liebevoll mit denen, die Schwierigkeiten haben, aber hart gegenüber denen, die ökonomisch sehr potent sind und die sich weigern, für die Dienstleistung zu zahlen.« Ähnlich geht er auch im Falle von Konflikten vor, entweder beide Seiten gewinnen oder beide verlören. Es könne nicht angehen, dass immer nur die Stärkeren gewinnen, meint er. Diese Art der Ungleichbehandlung kann ihm positiv als auf die jeweiligen Möglichkeiten der Einzelnen eingehend ausgelegt werden oder aber als ungerechte Diskriminierung.

Im *acueducto* von Gil Ospina gab es ihm zufolge den Fall, dass eine Anwältin sich geweigert hat, ihre Wasserrechnung zu bezahlen. Sie habe nur das gezahlt, was sie für richtig hielt, aber nicht die volle Summe. Der Konflikt habe sich über sieben Jahre hingezogen, man sei sehr tolerant gewesen, so Gil Ospina, und habe vielfach das Gespräch mit ihr gesucht, offizielle Briefe geschrieben und immer wieder die Rechtfertigungen der Anwältin angehört. Schließlich sei die Belieferung ihres Hauses eingestellt worden, sie habe dagegen Einspruch eingelegt und sei letztendlich vor Gericht gezogen. Der Richter habe allerdings dem *acueducto* Recht gegeben und angeordnet, dass die Anwältin die ausstehenden Beträge zu bezahlen habe. Auch in zweiter Instanz sei das Urteil bestätigt worden. Letztlich, so meint Gil, habe die Anwältin keinerlei Bereitschaft gezeigt, zu einer Einigung zu gelangen. Gil ist sich sicher, dass, wenn die Anwältin daran interessiert gewesen wäre, auch eine Übereinkunft zustande gekommen wäre. An diesem Beispiel zeigt sich zweierlei. Erstens scheint vonseiten des *acueductos* viel in Bewegung gesetzt worden zu sein, um den Konflikt beizulegen; Dialogbereitschaft und Einigungswille waren offenbar vorhanden. Zweitens gehen *acueductos* – wenn auch mitunter gezwungenermaßen – im Extremfall auch den staatlich-juristischen Weg des Gerichtsverfahrens.

9.7 Fazit: Acueductos zwischen Hoffnung und Existenzangst

Abschließend ist zu konstatieren, dass die *acueductos* in Kolumbien sich in einer recht gesicherten Position befinden, allerdings auch mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Croteau (2016: 20ff.) hat vier Herausforderungen, die vor den *acueductos* liegen, herausgearbeitet. Als erstes nennt sie kulturelle Herausforderungen und meint damit sowohl den Umgang mit Menschen, die vor der Gewalt im Land geflüchtet sind, als auch die generelle Bevölkerungszunahme in vielen Stadtteilen. Als zweites führt sie die herausfordernde finanzielle Situation an. Sie bezieht sich damit einerseits auf die knappen finanziellen Mittel, mit denen viele *acueductos* aufgrund der kärglichen Lebensumstände ihrer Mitglieder haushalten müssen, und andererseits auf die Schwierigkeiten, tragfähig zu wirtschaften, die *acueductos* wegen ihrer überschaubaren Größe haben. Als dritten Punkt spricht Croteau die Herausforderungen der Wasserkontamination an, die vornehmlich vom Bergbau und der Agrarindustrie ausgeht und nicht hinreichend sanktioniert wird. Als vierten und letzten Aspekt nennt sie die juristischen Hürden, also

sowohl die administrativen als auch die ökologischen Auflagen und Regularien, denen sich die *acueductos* ausgesetzt sehen.

Diese Aspekte lassen sich durch die vorliegende Untersuchung in ihrer Tendenz bestätigen, wird doch jeder dieser vier in den Interviews und in der Literatur explizit genannt. Der Vergleich zwischen den sechs untersuchten *acueductos* liefert drei Erkenntnisse. Erstens sind sie sich grundsätzlich sehr ähnlich, insbesondere, was den organisatorischen Aufbau, die Arbeitsweise, die Ausstattung und die zugrundeliegende Haltung angeht. Diese Erkenntnis bezieht explizit *acueductos* im ländlichen wie im städtischen Raum ein und lässt sich letztendlich auf die in Kapitel 8 untersuchten Wasserkomitees in Cochabamba erweitern. Zweitens scheint es einen deutlichen Unterschied zu geben zwischen jenen *acueductos*, die in eher reichen Gegenden angesiedelt sind, und solchen, die sich in eher ärmeren Regionen befinden. Diese Unterschiede umfassen insbesondere die Partizipationskultur innerhalb der *acueductos* und, mehr noch, die Behandlung der *acueductos* vonseiten staatlicher Stellen. Drittens stellt das *Acueducto La Acuarela* aufgrund der engen organisationalen Verbindung zum Bürgermeisterinnenamt eine eindeutige Ausnahme dar. *La Acuarela* fungiert weitgehend als reines Dienstleistungsunternehmen und legt ein entsprechendes unternehmerisches Verhalten und Auftreten an den Tag. Entsprechend wird es auch von anderen *acueductos* wahrgenommen, und es ist weder Teil der entsprechenden Netzwerke, noch wird es von Nichtregierungsorganisationen unterstützt, wie die Vorsitzende Sánchez Velásquez im Interview bestätigt.

An dieser Stelle ist der Verweis auf die Charakterisierung von *acueductos*, die Otálora Gómez et al. (2013: 35) vornehmen, angebracht. Sie gehen davon aus, dass *acueductos* aus der Notwendigkeit und dem Einsatz aller geboren werden.³⁶ In seiner Selbstwahrnehmung

»wird das *acueducto* und sein Management zu einem gemeinschaftlichen Beziehungsgefüge, welches nicht nur die Menschen, sondern auch die Umwelt einschließt zu einer Wirtschaftsorganisation und zu einem Ort der Begegnung und der Solidarität, der Konfliktlösung, des Zusammenschlusses der Bewohner und Bewohnerinnen für die Bewirtschaftung eines Gemeinguts, einer für die Existenz grundlegenden gemeinsamen Ressource, die zur Einigung, zum Vereinbarung, zum Konsens verpflichtet« (Salazar Restrepo et al. 2017: 30; Übers. u. Hervorh. J. E.).

Diese großen Worte spiegeln nicht nur die Bedeutung wider, die den *acueductos* zugeschrieben wird. Diese Worte erzählen auch von den Praktiken und den ihnen innewohnenden Qualitäten. Wie weitreichend und gleichzeitig lebensnah sich diese Praktiken aus Sicht einer Vertreterin der *acueductos* äußern, zeigt folgendes Zitat aus dem Interview mit Valencia. Es gehe nicht nur darum, das Wasser zu liefern, sagt sie, sondern darum,

»dass das *acueducto* sich dafür einsetzt, dass der Wald gepflegt wird, dass Sauerstoff produziert wird, dass die Straßen zwischen den Bezirken instand gehalten werden,

36 Realistischerweise muss an dieser Stelle eingeschränkt werden, dass sicherlich nicht jedes *acueducto* dem hehren Ziel der Partizipation aller gerecht wird.

denn auch darum kümmern wir uns. Oder auch um die Kinder, die hier zur Schule gehen, und denen wir eine Schulspeisung ermöglichen wollen. Oder wenn eine Familie ein Problem hat, dann helfen wir. Oder wenn eine Person stirbt oder krank ist, dann versuchen wir vom Büro des *acueductos* aus nicht nur durch Begleitung, sondern auch ökonomisch zu unterstützen.«

Im Verlauf der Untersuchung wurden deutliche Anzeichen der Selbstorganisation gefunden, sind die *acueductos* doch unabhängige Organisationen, die weder weisungsgebunden noch marktwirtschaftlichen Zwängen unterworfen sind. Die Dimension der Freiwilligkeit kann ebenfalls, wenn auch mit Abstrichen, als gegeben angesehen werden. Alternativen sind teilweise nicht vorhanden, und die gemeinsame Arbeit ist nicht mehr so etabliert wie noch in früheren Jahren. Gleichwohl existieren die *acueductos* bis heute, teilweise gegen massiven Widerstand und trotz in einigen Fällen durchaus vorhandener Alternativoptionen. Die Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder scheint klar im Vordergrund der Aktivitäten zu stehen und kann somit in Abwesenheit eines Profitstrebens eindeutig als primäres Ziel der *acueductos* angesehen werden.

Die Praktiken der *acueductos* werden als Praktiken der Produktion, der Nutzung und der Reproduktion beschrieben (siehe 9.4.4). Es werden Infrastrukturen aufgebaut und das Wasser wird genutzt und aufbereitet und die verschiedenen Elemente des *acueducto* – zum Beispiel die Infrastruktur, die sozialen Beziehungen, die Umwelt – werden gepflegt. Die Mitglieder

»haben eine direkte Verbindung zum Wasser und zum Fluss und, von dort aus, zur Ordnung eben dieser. Ihre Handlungen sind geprägt vom Schutz und der Bewahrung der Wasserquellen und der Umwelt, vom Sparen und der effizienten Nutzung des Wassers, von territorialer Verwurzelung und dem Sinn, dem *acueducto* anzugehören« (Otálora Gómez et al. 2013: 36; Übers. J. E.).

Da diese Elemente nicht getrennt voneinander geschehen, sondern gemeinsam konstitutiv für die *acueductos* sind, können die Praktiken als Versorgung im Sinne der (Re)Produkusage verstanden werden. Darüber hinaus wird den *acueductos* ein in der Regel hohes Maß an Inklusivität bescheinigt (siehe 9.4.5). In der Tat scheint es nur in Einzelfällen zu gruppenbezogenen Diskriminierungen zu kommen, wie der Fall der Neuzugezogenen zeigt (siehe 9.6.4). Allerdings stellen insbesondere finanzielle Hürden die tatsächliche Zugänglichkeit infrage, und so liegt das Urteil nahe, dass den *acueductos* zwar eine prinzipielle, aber keine umfassende Inklusivität attestiert werden kann.

Die Menschen in den *acueductos* gehen in der Regel auf eine hilfsbereite und kooperative Art und Weise miteinander um. Da dieses Verhalten auch zwischen den *acueductos* festzustellen ist und Hierarchien sowohl innerhalb als auch zwischen den *acueductos* keine große Bedeutung zu haben scheinen, kann von einer Zusammenarbeit von Peers gesprochen werden. Die Verbindungen zwischen den *acueductos* können generell als von Autonomie geprägt angesehen werden und bestehen sowohl im direkten Kontakt als auch innerhalb der auf unterschiedlichen geografischen Ebenen angesiedelten Metaorganisationen. Dadurch kann ein gewisser politischer Einfluss aufgebaut und aktiv zur Gesellschaftsgestaltung beigetragen werden. Insgesamt finden sich also alle sieben Dimensionen des Commoning. Zudem wird deutlich, dass es sich dabei nicht um

vereinzelte Elemente oder unbedeutende Teilaspekte handelt. Vielmehr lassen die Ausführungen den Schluss zu, dass sie kollektiv einen bestimmenden Charakter für die *acueductos* haben und somit maßgeblich die spezifische Qualität der dortigen sozialen Praktiken ausmachen.

Anhand der von Elinor Ostrom aufgestellten Designprinzipien (siehe 2.1) gleichen sowohl Moncada Mesa et al. als auch Quintana Ramírez die Commons-Theorie mit der Praxis kolumbianischer *acueductos* ab. Erstere kommen zu dem Schluss, dass die *acueductos* auf einem guten Weg seien, selbstorganisierte, überlebensfähige und nachhaltige Organisationsformen darzustellen (Moncada Mesa et al. 2013: 145). Letztere resümiert, dass die Organisationen die besagten Prinzipien erfüllten, dass das Prinzip der minimalen Anerkennung des Organisationsrechts allerdings ein konstantes Problem sei, mit dem sich die *acueductos* tagtäglich auseinanderzusetzen hätten (Quintana Ramírez 2010: 154). Dabei haben die *acueductos* Roa García et al. (2015: 52) zufolge weitere Schwierigkeiten insbesondere in vier Bereichen zu meistern: im Biophysischen, im Technischen, im Institutionellen und im Organisationalen. »The vulnerability of water providers in relation to their capacity to adapt to adverse situations produced by climatic variability and change, is related to both their reliance on the regulatory capacity of ecosystems, and their internal and external institutional conditions« (ebd.). Roa García et al. kommen dabei zu dem Schluss, dass die institutionellen und organisationalen Herausforderungen die gleiche oder sogar eine höherer Bedeutung für die *acueductos* haben als die biophysischen und technischen (ebd.). López Rivera (2015: 116) geht davon aus, dass diese Ebenen eng miteinander zusammenhängen und dass etwa die Wasserknappheit in Medellín eher ökonomischer und soziopolitischer Art als natürlichen Ursprungs ist. Der Blick auf die Einbettung der *acueductos* lohnt also.

Generell wurde konstatiert, dass der Kontext einen großen Einfluss auf die *acueductos* hat, auch wenn diese über ein hohes Maß an Autonomie verfügen. Sowohl ökologische als auch insbesondere kulturelle Faktoren spielen hier eine Rolle (siehe 9.5.1). Die Marktlogik hat sich in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verstärkt und insbesondere die Commons- und Gemeinschaftslogik zurückgedrängt. Entsprechend stellt sich das Verhältnis zwischen *acueductos* und EPM primär als eines der Konkurrenz dar, auch wenn das große Unternehmen die kleinen Commons-Vereinigungen an mancher Stelle durchaus unterstützt und auf lokaler Ebene teils gute Beziehungen gepflegt werden (siehe 9.5.2). Das Verhältnis zu staatlichen Stellen ist ebenso gemischt: Es vermengen sich Erfahrungen der Unterstützung, insbesondere bei der Gründung, mit der Einschränkung und letztlich Bedrohung, die vom Staat – insbesondere seit dem Gesetz 142 – ausgehen. Die starke Regulierung und die bürokratischen Berichtspflichten führen zu viel Unmut innerhalb der *acueductos*.

In vielen Bereichen Kolumbiens ist der Staat relativ abwesend, sodass sich eigenständige Gebilde entwickeln und halten können. Dies mag im Falle gewaltsam agierender Gruppierungen problematisch sein, es ist allerdings auch für das Überleben der *acueductos* mitunter eher förderlich. Wie bedrohlich eine Nähe zum oder sogar organisationale Abhängigkeit vom Staat sein kann, wurde anhand des Beispiels *La Acuarela* deutlich (siehe 9.5.3). Gleichzeitig hat die generelle Bedeutung des Staates innerhalb der Wasserwirtschaft abgenommen und eine Kommerzialisierung stattgefunden. Dies zeigt sich nicht zuletzt anhand eines veränderten Verständnisses vom Wasser. Wurde es

früher als öffentliches Gut betrachtet, gilt es heute eher als zu vermarktende Ressource. Es wurde deutlich, dass der Bedeutungsgewinn der Marktlogik mit einer Zurückdrängung der Staatslogik einhergeht und auch für die *acueductos* neue Gefahren entstehen (siehe 9.5.4). Gleichzeitig hat sich der Staat von einem eingreifenden Sozialstaat hin zu einer Regulationsinstanz entwickelt, die marktliches Handeln befördert und die *acueductos* behindert. Inzwischen lassen sich bestimmte Aspekte dieser gesellschaftlichen Veränderungen auch, mehr oder weniger erzwungenermaßen, innerhalb der *acueductos* wiederfinden. In der Summe wird deutlich, dass der gesellschaftliche Kontext, in dem sich die *acueductos* befinden, bereits jetzt und in zunehmendem Maße als strukturell feindlich angesehen werden muss.

Exemplarisch wurden unterschiedliche strukturelle Widersprüche in der kolumbianischen Gesellschaft ausgemacht (siehe 9.6.1). Kulturelle Phänomene wie das grundlegende Verhältnis zum Wasser oder der Umgang mit Vereinbarungen spielen ebenso eine Rolle wie Unvereinbarkeiten in der Stadtplanung oder die Grundlagen kapitalistischer Vergesellschaftung, wie es das Eigentum darstellt. Es wurde von einer tendenziell exklusionslogischen Umgangsweise mit Konflikten ausgegangen. Dabei spielen Konflikte unter markt- und staatslogischem Einfluss eine besondere Rolle. Stellvertretend für die Marktlogik wurde EPM untersucht und festgestellt, dass das Unternehmen sowohl in internen Konflikten als auch in der Beziehung zu – potenziellen – Kundinnen tendenziell die eigene Machtstellung ausnutzt oder den juristischen Weg beschreitet und somit letztendlich exklusionslogisch agiert (siehe 9.6.2). Die expansive Strategie, die EPM auf unterschiedlichen Ebenen verfolgt, führt zu einer Bedrohung der *acueductos* und zu Konflikten oder nimmt diese zumindest billigend in Kauf.

Konflikte mit der Staatslogik spielen in Kolumbien seit jeher eine große Rolle. Im Wassersektor fühlen sich die *acueductos* vom Staat tendenziell ungerecht behandelt und zu wenig unterstützt (siehe 9.6.3). Insgesamt ist ein mangelndes Vertrauen vonseiten der *acueductos* der Parteipolitik und den staatlichen Instanzen gegenüber zu registrieren. Ein dauerhafter latenter Konflikt besteht zwischen der Staatslogik mit ihren bürokratisch-formellen Anforderungen auf der einen und der Commons-Logik und den tradierten, informellen, auf Vertrauen basierenden Wirtschaftsweisen auf der anderen Seite. So widersetzen sich die *acueductos* dem Kommerzialisierungsdruck, der von staatlicher Seite aufgebaut wird. Darüber hinaus sehen sich die *acueductos* mitunter auch im direkten Konflikt mit staatlichen Stellen, zum Beispiel wenn es um die vom Staat aufgestellten Regeln und deren Einhaltung geht. Letztlich sehen sich die *acueductos* zunehmend unter Druck gesetzt und gehen davon aus, dass der Staat sie durch marktorientiertere Formen der Wasserbewirtschaftung ersetzen will.

Die *acueductos* versuchen, sich aus gesellschaftlichen und politischen Konflikten, die sie nicht betreffen, tendenziell herauszuhalten, nicht zuletzt um sich selbst zu schützen (siehe 9.6.4). Interne Konflikte scheint es nicht viele zu geben, allenfalls in Zeiten des Wassermangels. Die Besetzung der Posten scheint gegenwärtig schwieriger zu werden. An manchen Orten gibt es zudem Konflikte mit Neuzugezogenen, die sich wohl aus den das *acueducto* betreffenden Notwendigkeiten oder aus persönlichen Animositäten erklären lassen. Gruppenbezogene Abneigungen, die über eine generelle Abwehr nicht aus der Region Stammender hinausgehen, gibt es offenbar jedoch nicht. Das Funktionalisieren der gemeinsamen Wasserbewirtschaftung scheint das übergeordnete Ziel zu

sein. Dieses wird, nicht zuletzt im Falle interner Konflikte, mit hohem persönlichen Einsatz verfolgt. Die Art der Konfliktbearbeitung ist hochgradig einzelfall- und dialogorientiert. Zusätzlich gibt es sowohl in *acueductos* als auch in den Metaorganisationen unterschiedliche Gremien, die sich mit Konflikten, so sie denn auftreten, befassen. Insgesamt scheint die Konfliktbearbeitung die Gründe der Konfliktparteien ernst zu nehmen und vornehmlich darauf ausgerichtet zu sein, dass die Konfliktparteien eine Einigung erzielen, mit der sie jeweils gut leben können. Kommt es jedoch zu gravierenden Verletzungen der selbstgegebenen Regeln, werden, abhängig von der Schwere und Häufigkeit der Übertretung, Sanktionen ausgesprochen. Hierbei handelt es sich um ein weithin anerkanntes und akzeptiertes Vorgehen. Den gerichtlichen Weg gehen die *acueductos* lediglich im Extremfall, also wenn eine Einigung innerhalb der eigenen Organisation partout nicht gelingt.

Insgesamt scheinen die Auseinandersetzungen außerhalb der eigenen Gruppe von wesentlich größerer Bedeutung für die *acueductos*. Salazar spricht hier sogar von einer Frage des Überlebens. Dabei suchen die *acueductos* mittlerweile neue Wege und gehen für sie ungewöhnliche Kooperationen ein. In sogenannten *acuerdos públicos comunitarios* (öffentlich-gemeinschaftliche Abkommen) schließen sich verschiedene Organisationen – zum Beispiel *acueductos*, öffentliche Unternehmen und Institutionen, Kooperativen, Gewerkschaften – für den Austausch von Wissen und Erfahrungen zusammen (Croteau 2016: 25). Dies geschieht auf solidarische Art, ohne Profitinteressen und auf Augenhöhe und mit dem Zweck, das Management generell zu verbessern, die Kapazitäten auszubauen und der Privatisierung und Kommerzialisierung etwas entgegenzusetzen (ebd.: 25f.). Auch die Hoffnung bezüglich der *ley propia* wurde offenkundig noch nicht aufgegeben: Am Tag des Wassers im Jahr nach der Niederlage – also am 22. März 2019 – rief die Nichtregierungsorganisation *Penca*, eine der treibenden Kräfte hinter dem Projekt, die Wiederaufnahme der Aktivitäten aus (Corporación Ecológica y Cultural *Penca* de Sábila 2019).

Im Kontext der gesamtkolumbianischen Entwicklungen ist stets die Dimension der gewalttätigen Auseinandersetzungen zu berücksichtigen. Der Staat gilt nicht überall als bedeutendster Bezugsrahmen, von ihm wird nicht unbedingt Schutz erwartet, und in vielen Konflikten wurde von verschiedenen Seiten massiv Gewalt angewendet (Fischer/Jiménez Ángel 2017: 39).

»Jede Generation kann daher von sich behaupten, große Ausbrüche physischer Gewalt erlebt zu haben. Das Nebeneinander des politischen Prozesses in einem formal demokratischen Rahmen und die Anwendung physischer Gewalt als politische Handlungsoption ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte Kolumbiens. Diese Konstellation bildete den Hintergrund für die ökonomische, soziale und ethnische Entwicklung des Landes« (ebd.).

Zwar scheint sich in Kolumbien einiges in Richtung einer generellen Befriedung zu entwickeln, dennoch ist es vor dem Hintergrund der gewaltsamen Geschichte des Landes wenig überraschend, dass Castrillon davon ausgeht, dass die Konflikte ums Wasser sich zuspitzen werden und es in 15 bis 20 Jahren einen Krieg ums Wasser geben wird.

Die *acueductos* sehen sich selbst als »Schlüssel zum Frieden« (Salazar Restrepo et al. 2017: 43) und bezeichnen den Zugang zu Trinkwasser als eine »Grundvoraussetzung für

ein würdevolles Leben« (ebd.), das Wirtschaftsleben und den Wohlstand. »Der Frieden ist auch der Frieden mit der Natur, die unsere Existenz erlaubt, die uns den Lebensunterhalt sichert« (ebd.). Dahingehend ist Valencia Agudelo (2008: 85) der Meinung, dass die *acueductos* über ein großes Potenzial verfügen, den Lebensstandard in Kolumbien zu erhöhen. Moncada Mesa et al. (2013: 136) bezeichnen die *acueductos* als aner kennens- und schützenswerte Option, als eine Alternative zum Staat und dem Markt, die dazu in der Lage sei, die unerfüllten »ökonomischen Grundbedürfnisse« der Menschen zu befriedigen. In diesem Sinne könnte es von großer Bedeutung sein, ob und wie sich die *acueductos* in dem Spannungsfeld, in dem sie sich bewegen, halten und weiter entfalten können.